

41. Jahrgang • Heft 5/2002

Herausgeber:

Innenministerium NRW



**Initiativen –
Nordrhein-
westfälische
Polizeibehörden
und Polizeiein-
richtungen gegen
Jugendgewalt
und Jugend-
kriminalität**

Einladung



50 + 1

Bereitschaftspolizei
in Nordrhein-Westfalen

Sonntag, 15.9.2002, ab 11.00 Uhr
Wuppertal-Barmen (Lichtscheid)
Sporthalle der Bereitschaftspolizei

Polizei



Liebe Leserinnen und Leser,

die schrecklichen Ereignisse in Erfurt haben verdeutlicht, wie wichtig gerade bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität auch die Auseinandersetzung mit den Ursachen und die Beseitigung ihrer Entstehungsgründe sind. Das ist nicht nur eine Aufgabe für die Polizei, sondern eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

So sollte unsere Anteilnahme und Trauer für die Opfer und deren Angehörigen gleichzeitig ein Signal für unsere Gesellschaft zum konsequenten Handeln gegen Gewalt und Brutalität sein.

Zahlreiche Artikel-Einsendungen nordrhein-westfälischer Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen bestätigen, dass auch dort das Thema Priorität genießt und das Phänomen engagiert angegangen wird. Die Artikel vom Polizeifortbildungsinstitut Neuss sowie aus den Polizeipräsidiën Münster und Oberhausen sind repräsentative Beispiele dieses Engagements.

Einen weiteren redaktionellen Schwerpunkt hat die „Streifen“ im Bereich des Steuerungs- und Führungssystems der Polizei NRW (StFS) gesetzt. Genauer gesagt:

Die „Streifen“ berichtet zunächst vom Auftakt einer Veranstaltungsserie „Dialog StFS“. Dort soll zukünftig über den Stand der Dinge, das bisher in den Behörden Erreichte, auch Probleme, die bei der Umsetzung aufgetreten sind und das, was noch zu tun ist, informiert und diskutiert werden.

Anschließend wird das Thema StFS in der Artikelserie „Forum Praxis“ – Lernen vom anderen, beim Polizeipräsidium Krefeld vertieft. Die Krefelder Behörde stellt ihr erfolgreiches Projekt „Einrichtung eines ComCenters“ vor.

Abgeschlossen wird der Themenkomplex mit einer Zwischenbilanz des Beratungsteams StFS, dessen Kolleginnen und Kollegen seit dem 1. September des vergangenen Jahres in den Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen unseres Landes beratend tätig waren.

Ihre Redaktion

E-Mail: streife@im.nrw.de

Polizei NRW –
Initiativen gegen
Jugendkriminalität
und -gewalt 4



PFI Neuss –
Jugendkriminalität
geht alle an! 4

PP Münster –
Arbeiten im
Jugendkommissariat 8



PP Oberhausen –
Initiative soll
Trendwende einleiten 10

IM NRW –
Polizeiliche
Kriminalstatistik
2001 12



Steuerung und Führung –
1. Im Dialog
mit der Basis 15
2. „Forum Praxis,
Teil 5“ 17
3. Zwischenbilanz des
Beratungsteams 21



IM NRW –
Abschied nach
Afghanistan 24

ZPD NRW –
Grundinfos zu
Findus 3.0 26



LKA NRW –
Findus 3.0 verbessert
kriminalpolizeilichen
Meldedienst 30

Rätsel 34



Impressum/Vorschau 35

Fotos: Jochen Tack, Jan Potente,
Yavuz Arslan, DPA-Bilderservice

„Jugendkriminalität“ geht alle an!

**Bekämpfung der Jugendkriminalität –
eine immer neue
Herausforderung!**



Seit Mitte der 80er Jahre wird ein stetiger Anstieg der Delinquenz der Minderjährigen festgestellt. Nach Aussagen der Wissenschaft ist die Zunahme sowohl im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung als auch im Sinne einer Episode der Entwicklung junger Menschen durchaus normal und bietet keinen Anlass zur Panikmache. Jede Gesellschaft hat durchaus die Kriminalität, die sie verdient; fraglich bleibt, welches Maß sie als sozialverträglich akzeptieren kann. Die Zukunft der Gesellschaft basiert auf ihrer Jugend. Jugendkriminalität geht damit uns alle an.

Seit 1993 speziell auffällig sind die Trends bei Kindern (8 bis 14 J.) und Jugendlichen (14 bis 18 J.). Der Anteil der 14- bis 21-Jährigen an der Gesamtkriminalität ist überproportional. Dies wird aus dem Verhältnis zwischen ihrem Bevölke-

rungsanteil – 1996 bundesweit von circa 8 % – und ihrem Tatverdächtigenanteil von circa 22 % besonders deutlich.

Von diesen Tatverdächtigen werden vor allem Massendelikte wie Diebstähle, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen begangen. Der Anteil dieser Delikte an den von ihnen insgesamt begangenen Delikten liegt bei Kindern weit über 90 % und bei Jugendlichen immerhin über 80 %.

Es ist davon auszugehen, dass neben der registrierten Delinquenz auf dem Gebiet der Jugendkriminalität ein hohes Dunkelfeld vorhanden ist.

Dies resultiert einerseits aus der mehr oder weniger ausgeprägten Bereitschaft, junge Menschen anzuzeigen, andererseits aus der Tatsache der „Strafunmündigkeit der unter 14-Jährigen“. Damit einher geht auch die „geringere Bewertung der Delinquenz der 8- bis 14-Jährigen durch die Organe der Sozialkontrolle“, wie auch aus der Tatsache, dass Delikte der unter 8-Jährigen wegen deren sog. „Deliktunfähigkeit“ in der Statistik nicht erfasst werden; darüber hinaus kann bei nicht aufgeklärten Taten meist überhaupt nicht zugeordnet werden, ob sie von Minderjährigen oder Erwachsenen begangen wurden.

Die Politik muss wegen der seismografischen Bedeutung ansteigender Jugenddelinquenz für die Sicherheitslage in der Gesellschaft konsequent reagieren. Folgerichtig wurde die Bekämpfung mit dem gemeinsamen Runderlass „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ vom 4. 12. 1996 (SMBL NW 2161) forciert. Dieser Erlass ist Grundlage und Orientierungshilfe für die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden sowie der freien Träger der Jugendhilfe und Sozialarbeit.

Im Rahmen ihrer Fachkonferenz (Juni 1997) appellierten die Jugendminister insbesondere an die Verantwortlichen bei Polizei und Justiz, gemeinsam mit den Verantwortlichen für Jugendpolitik und Jugendhilfe aktiv zu werden und unter der Maßgabe „Prävention vor Repression“ problemorientierte und differenzierte Aufklärungsarbeit zu leisten.

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen machte „die Herbeiführung der Trendwende in der Jugendkriminalität“ zum Gegenstand der – inzwischen bis Ende 2004 fortgeschriebenen – Zielvereinbarungen auf Landesebene und setzte damit eindeutige strategische Schwerpunkte.

Auf die politischen Signale hin ist in den 90er Jahren landesweit starke Bewegung in die polizeiliche Bekämpfung der Jugendkriminalität gekommen.

Einige Kreispolizeibehörden begannen sehr früh mit der Aufwertung der mit der Bezeichnung „Kinderpolizei“ sonst eher diffamierten Jugendsachbearbeitung. Wohl auch vor dem Hintergrund, dass eine gute und konsequente Jugendarbeit langfristig positive Wirkung auf das Ausmaß der Erwachsenenkriminalität haben kann, begann in diesen Behörden die sinnvolle Umstellung auf zentrale und täterorientierte Sachbearbeitung; Qualitätsstandards für die Bearbeitung wurden neu definiert, Verantwortlichkeiten exakt



Die achtköpfige Crew des Jugendkommissariates (KK 15) beim Polizeipräsidium Münster...



... bearbeitet zentral ausgewählte Bereiche der Jugendkriminalität: Kinderdelinquenz, Jugend-Gewaltdelikte und jugendliche Intensivtäter.



Ihr Ziel: Durch professionelle polizeiliche Jugendarbeit sich anbahnende kriminelle Karrieren von Kindern und Jugendlichen...



... frühzeitig erkennen und im besten Fall frühzeitig beenden.

Durch langjährige Erfahrungen sind die Kolleginnen und Kollegen des KK 15...



festgelegt und der Informationsaustausch sowohl in der Polizeiorganisation als auch mit den beteiligten Behörden und Institutionen erfolgreich verbessert. Flächendeckend gibt es derzeit die in der PDV 382 1.2 geforderten, spezialisierten und ausschließlich in diesem Bereich arbeitenden „Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeiter“ leider noch nicht.

... Ansprechpartner für viele Kinder und Jugendliche, aber auch für Ratsuchende und Kooperationspartner geworden.



Das derzeitige organisatorische Erscheinungsbild der Jugendsachbearbeitung im Lande reicht von einer eigens geschaffenen Kriminalgruppe (z. B. „EG 63“ PP Köln) – über das „Jugendkommissariat“ (z. B. Pilotprojekt PP Münster) bis hin zu gänzlich fehlenden speziellen Strukturen. Auch die Arbeitsrate ist in den Behörden mit bereits eingeführter Spezialisierung sehr unterschiedlich definiert.

Das landesweit uneinheitliche Bild der Jugendsachbearbeitung ist durch fehlende einheitliche Qualitätsstandards bedingt. Im Rahmen der durch das PFI Neuss seit 1997 verstärkt durchgeführten Fortbildung für „Jugendsachbearbeiter und Jugendsachbearbeiterinnen“ wird immer wieder deutlich, dass Jugendkriminalität da besonders effektiv und effizient bearbeitet wird,

Bei Großveranstaltungen ist das KK 15 auch vor Ort tätig.



- wo der Auswahl und der dauerhaften Verwendung des Personals besondere Bedeutung beigemessen wird,
- wo sinnvolle zentrale Aufgabenstrukturen und Verantwortlichkeiten definiert sind,
- wo eine kontinuierliche Fortschreibung wirkungsvoller Arbeits- und Verfahrensstrukturen erfolgt,
- wo der Optimierung des Ressourceneinsatzes erhöhte Bedeutung zugemessen wird,
- wo besonderer Wert auf funktions- und aufgabengerechte Fortbildung gelegt wird.

Sie heben die Anonymität „Ihr bekannter“ Jugendlichen auf und verhindern durch direkte Ansprache im Vorfeld Straftaten. Fotos: Yavuz Arslan



Die Schaffung solcher „qualitätsförderlichen Rahmenbedingungen“ ist in den Kreispolizeibehörden sicherlich nicht immer leicht; sie bewegt sich häufig in dem altbekannten Spannungsfeld zwischen „Wollen und Können“. Zum Teil stoßen sie wegen liebgewordener, althergebrachter Bearbeitungsmuster auch auf Widerstand. Die oben beschriebenen Erfahrungen belegen jedoch, dass sich die Mühe des Umdenkens und der Veränderung im Sinne einer deutlichen Qualitätsverbesserung lohnt; dies bezieht sich unmittelbar auf die Qualität der damit verbundenen Polizeiarbeit und somit in der weiteren Wirkung auch auf die angestrebte „Trendwende im Bereich der Jugend- und Gewaltkriminalität“.

Als ein wesentlicher Dreh- und Angelpunkt dieser angestrebten Qualitätsverbesserung erweist sich das Anforderungsprofil für die Jugendsachbearbeiter und Jugendsachbearbeiterinnen. Die mit kindlichen und jugendlichen Delinquenten umgebenden Polizeiangehörigen bedürfen wegen ihrer Schlüsselfunktion besonderer persönlicher und fachlicher Qualifikation. Oft findet nämlich über sie der erste Kontakt junger Menschen zu einer Instanz formeller sozialer Kontrolle statt. Die Kompetenz der polizeilichen Fachkraft sowie die Atmosphäre und der Ablauf dieses Erstkontakts können ausschlaggebend dafür sein, ob Minderjährige weitere Straftaten begehen oder nicht. Darüber hinaus wird in der polizeilichen Jugendsachbearbeitung die Basis für das Tätigwerden anderer Behörden und Institutionen sowie für die Kooperation mit ihnen gelegt. So steht auch in diesem Feld die Qualität der Polizeiarbeit in Beziehung zur Tätigkeit anderer Verantwortungsträger und hat damit auch wesentlichen Einfluss auf diese Arbeit.

Um diese wichtige Basisfunktion und den weiteren Verfahrensablauf im Sinne des

erzieherischen Jugendstrafrechts bewältigen zu können, bedarf es einer Mehrfachqualifikation des polizeilichen Personals. Zu den polizeifachlichen, kriminaltaktischen und rechtlichen Kenntnissen treten viele weitere Aspekte hinzu. Man denke nur daran, dass bestimmte Milieus der Jugendszene eigene Gesetzmäßigkeiten, einen eigenen Habitus und eigene Sprachen haben. Das Wissen um diese Dinge erfordert, neben weit über den dienstlichen Bereich hinausgehendem persönlichen Engagement, konsequente und qualifizierte Aus- und Fortbildung. Bei seinem Fortbildungskonzept orientiert sich das PFI Neuss an Eckwerten eines Anforderungsprofils, die zusammen mit Polizeipraktikern erarbeitet wurden. Diese Eckwerte eines Anforderungs- und Fortbildungsprofils für Jugendsachbearbeitung Anforderungsprofil können beim PFI Neuss angefordert werden. Aufgrund der geschilderten Gesamtentwicklung der letzten Jahre wurde durch

die Polizeibehörden ein gesteigerter Fortbildungsbedarf für die Jugendsachbearbeitung an das Polizeifortbildungsinstitut Neuss herangetragen. Das PFI Neuss hat sich darauf eingestellt. Parallel zu den zentralen Fortbildungsmaßnahmen wurden anfragende Behörden beratend und personell bei dezentralen Fortbildungsmaßnahmen unterstützt. Auf diesem Weg konnten unter Mitwirkung des PFI Neuss weitere 180 Kräfte für die Jugendsachbearbeitung spezialisiert werden.

Das neu strukturierte Fortbildungsangebot ist ein Beitrag zur Unterstützung der landesweiten Anstrengungen zur Erreichung des Ziels „Herbeiführen der Trendwende beim Anstieg der Jugendkriminalität“.

Anfragen, Wünsche zu Beratung und Unterstützung können an Herrn KHK Habschick, PFI Neuss unter Tel.: 07/2 25 (0 21 31/1 75) –1 62 gerichtet werden.

Klaus Habschick, PFI Neuss


Hamburg-Mannheimer

Beamten-/Angestellten-Darlehen

Für Sie, unsere Beamte auf Lebenszeit, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, haben wir spezielle Darlehens-Programme. Zum Beispiel Festzinsen ab 5,95 % und effektive Jahreszinsen ab 6,42 %. In unserem InfoBüro erhalten Sie weitere schnelle und kompetente Lösungen.

Beispiel ❶ 30-jähriger Beamter auf Lebenszeit
Festzins 6,35 %, effektiver Jahreszins 6,97 %, Laufzeit 20 Jahre.
30 000 € = monatlich 271,25 €, inkl. Lebensversicherung
50 000 € = monatlich 449,58 €, inkl. Lebensversicherung

Beispiel ❷ 30-jähriger Angestellter, Beamter a. P. oder Arbeiter
Festzins 6,80 %, effektiver Jahreszins 7,37 %, Laufzeit 15 Jahre.
25 000 € = monatlich 235,42 €, inkl. Lebensversicherung

Generalagentur Jürgen Jäckel und Marco Heusmann:
Hannover: Wieselweg 7_30900 Wedemark_fax 0 51 30.79 03 95
Hamburg: Rathausallee 27_22846 Norderstedt_fax 0 40.52 19 39 07
Berlin: Wittestraße 30k_13509 Berlin_fax 0 30.43 57 24 91
Besuchen Sie uns auch im Internet: www.hm-darlehen.de

Neu InfoBüro 0 800.64 65 000
Von 8 bis 20 Uhr gebührenfrei, direkt und bundesweit



Die Arbeit in einem „Jugendkommissariat“

„Jugendkriminalität“, sagt Prof. Klaus Boers vom Kriminologischen Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, „das ist ein so komplexes Geflecht von Ursachen und Wirkungen, dass sich eine einzelne Institution daran wohl die Zähne ausbeißen wird.“ Der Münsteraner Professor will eine Längsschnittstudie (1.) zur Jugendkriminalität erstellen und hat den ersten Schritt mit einer Befragung an Münsteraner Schulen im Jahre 2000 getan.

Das Polizeipräsidium Münster befasst sich bereits seit nunmehr 10 Jahren ganz gezielt mit dem Phänomen „Jugendkriminalität/Jugendgewalt“.

Die von der Behördenleitung uneingeschränkt mit getragene Idee ist, dass durch eine Professionalisierung der polizeilichen Jugendarbeit sich anbahnende kriminelle Karrieren von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt und im besten Fall auch frühzeitig beendet werden können.

Ausgewählte Bereiche der Jugendkriminalität (Kinderdelinquenz, Jugend-Gewaltdelikte, jugendliche Intensivtäter) werden zentral für die gesamte Behörde in einem eigenen Jugendkommissariat bearbeitet. Beim Polizeipräsidium Münster ist es in der Kriminalgruppe 1 das „KK 15“.

Warum ein Jugendkommissariat?

Der Umgang mit Kindern und Jugendlichen bedarf einer Spezialisierung. Dies nicht nur, um kommunikativ einen Zugang zu den jugendlichen Delinquenten zu bekommen, sondern auch um durch eine Sammlung relevanter Umstände zu einer besseren Prognose bezüglich der Gefährdungseinschätzung und der weiteren Entwicklung des Einzelnen zu gelangen.

- Die 12-jährige Nadine (2.) klaut einen Lippenstift und einen „Diddl“-Block, weil sie es „schrill“ findet, etwas Verbotenes zu tun.

- Die 13-jährige Sarah nimmt eine Überdosis Tabletten ein, weil sie immer wieder von einem gleichaltrigen Schüler um Geld erpresst wird.
- Ein Gymnasiast wird per E-Mail beleidigt, bedroht und genötigt.
- Der 16-jährige Marcel plant, zusammen mit 20 Gleichaltrigen auf einer Großkirmes „Rache“ zu nehmen, weil er selber eine Woche zuvor verprügelt worden war.
- Der 14-jährige jugendliche Intensivtäter Mehmet wird wegen Raubes und zahlreicher Einbrüche zu einer Jugendstrafe von vier Jahren ohne Bewährung verurteilt.

Typische Situationen aus unserer Arbeit im KK 15. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich qualifiziert, können die Fälle einordnen und darauf professionell reagieren. Doch noch „etwas bewegen zu können“, das macht den Reiz der Aufgabe aus. Rechtzeitig erkennen zu können, wer Unterstützung benötigt, um dann die entsprechende Krisenintervention anzustoßen, das ist ein wesentlicher Teil unserer Arbeit. Durch langjährige Erfahrung sind wir zum Ansprechpartner für viele Ratsuchende und Kooperationspartner – intern und extern – geworden. Über den Kriminalpräventiven Rat haben wir z. B. eine Vereinbarung für Verfahren gegen jugendliche Intensivtäter getroffen. Polizei, Jugendamt, Jugendstaatsanwaltschaft und Jugendrichter verpflichten sich darin, besondere Maßnahmen zu treffen, sodass die Reaktion auf die Straf-



Quelle: Westfälische Nachrichten



Im Internet unter: <http://www.polizei.propk.de/mediathek/medien/gewalt.shtml> informiert das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) Eltern und andere Erziehungsverantwortliche über Ursachen und Ausmaß von Gewalt.

tat so schnell wie möglich erfolgt. Die ersten Rückmeldungen hören sich gut an und lassen den Schluss zu, dass dies ein erfolgversprechender Ansatz ist. Durch die zentrale Zuständigkeit des KK 15 ist gewährleistet, dass der jugendliche Mehrfachtäter immer wieder bei „seinem“ Sachbearbeiter landet. Hieraus ergibt sich auch ein nicht zu unterschätzender präventiver Ansatz der Jugendsachbearbeitung. Bei Ereignissen, Veranstaltungen wie z. B. der Großkirmes „Send“, Rosenmontagszug, Skater-Welt- oder -Europameisterschaften, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Jugendkommissariates“ vor Ort. Die vermeintliche Anonymität der bekannten Jugendlichen wird durch offenes Ansprechen aufgehoben, mögliche gewalttätige Auseinandersetzungen schon im Ansatz verhindert. Auch die angekündigte „Racheaktion“ des 16-jährigen Marcel (s. o.) konnte durch rechtzeitige Intervention vermieden werden.

Der präventive Ansatz spielt in der Jugendkriminalität insgesamt eine wesent-

liche Rolle (auch im Ermittlungsverfahren!). Erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet erfordert eine vernetzte interne Kommunikation. In diesem Zirkel sind die Jugendsachbearbeiter der anderen Kommissariate und das Kommissariat Vorbeugung wichtige Partner. Die Sachbearbeiter tauschen ihr Wissen und ihre Erfahrungen regelmäßig aus, um sie unter Berücksich-

tigung der lokalen Gegebenheiten möglichst optimal in der praktischen Arbeit anwenden und nutzen zu können.

Dieser Beitrag kann das Thema polizeilicher Jugendarbeit leider nur anreißen. 10 Jahre Erfahrung können nicht auf einer Seite zusammengefasst werden, ohne die vielen, auch von Prof. Boers beschriebenen Zusammenhänge wegzulassen oder stark zu vernachlässigen. Die 8-köpfige Crew des Jugendkommissariates hat jedenfalls das gute Gefühl, auf dem richtigen Weg zu sein; denn professionellen polizeilichen Umgang mit Minderjährigen sind wir unserem „Nachwuchs“ schuldig!

Udo Hegemann, PP Münster, KK 15

1. www.uni-muenster.de/jura.krim/Abt-IV
2. Alle Namen sind geändert.



Darlehen supergünstig Festzins ab ^{*1)} 4,2% effektiver Jahreszins Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. B.a.L. od. DO-Angest., 35 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30000,- €, mit *315,- €, bei 60000,- €, *630,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,45%, effektiver Jahreszins ab 6,25%, b. 12 Jahre. Superangebote auch zu Lfz. 20 Jahre und 25 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. ^{**1)} Extradarlehen Festzins bei Laufzeit 8 Jahre ab 4,2% effektiver Jahreszins mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätendarlehen, Beleihung max. 100%, Schuldfreie Eurokredite bis 100000,- € mit Tilgungsversicherung, Vorfinanzierung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/ö.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung. Beamtenkredite und mehr – testen auch Sie unsere Leistungsfähigkeit.

Ja! Bitte jetzt Info anfordern. Mein Wunsch: _____ €
Name: _____ **keinerlei Vermittlungskosten**
Straße: _____ **Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung**
Ort: _____ **Internet: www.ak-finanz.de**

Info und Sofortangebote
unter Servicenummer
0800/1000 500
Zum Nulltarif!

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefon: (06 21) 51 10 31, Telefax: (06 21) 51 94 88.
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.



Initiative soll Trendwende einleiten

*„Die Kinder- und Jugenddelinquenz ist durch Kooperation positiv beeinflusst!“
Polizeipräsident Klaus Oelze, der OB Burkhard Drescher, der Leitende Oberstaatsanwalt Karl Manfred Claßen, der Direktor des Amtsgerichts Berthold Bendorf und der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Gerhard Holtz unterzeichneten diese gemeinsame Vereinbarung.*

„Fünf Ruderer haben gestern mit ihrer Unterschrift einen Vertrag ratifiziert, der sie in ein gemeinsames Boot setzt. Ihr Regattaziel: Senkung der Kinder- und Jugendkriminalität in Oberhausen.“, versinnbildlicht der WDR-Hörfunk dieses öffentliche Zeremoniell im Rathaus der Stadt Oberhausen später und kommentiert, was alle Beteiligten denken: „Es ist ein guter Weg, vor allem einer, der alle Beteiligten an einem Strang zu ziehen zwingt.“

Diese bislang nicht gekannte Art der Zusammenarbeit hat eine Vorgeschichte, deren Ursprung im Wesentlichen auf den landesweit Besorgnis erregenden Trend der Kinder- und Jugendlichenkriminalität zurückzuführen ist. Ohne an dieser Stelle im Einzelnen auf örtliche Statistiken einzugehen, lässt sich kurz gesagt feststellen, dass dieser Trend in Oberhausen seit einigen Jahren vergleichsweise deutlich ausgeprägt ist.

In der Vergangenheit wurde dem Phänomen steigender Kinder- und Jugendkriminalität mit eher traditionellen polizeil-



lichen Ansätzen begegnet. „Eine zentrale Ermittlungskommission Jugendkriminalität, konnte zwar beachtliche Einzelerfolge vorweisen, dem negativen Trend jedoch nicht nachhaltig entgegenwirken.“, stellt Klaus Oelze, Polizeipräsident in Oberhausen, fest und ergänzt: „Kinder- und Jugenddelinquenz hat vielfältige gesamtgesellschaftliche Ursachen, die dem Einfluss der Polizei entzogen sind, sodass polizeiliche Maßnahmen allein immer nur punktuell wirken. Diese Tatsache hat uns gezwungen, unsere konzeptionellen Vorstellungen grundlegend zu überdenken.“

In diese Zeit fiel der Blick auf das „Haus der Jugend“ in Stuttgart. Nach dem Motto „Alles unter einem Dach“ sollen hier Maßnahmen von Behörden, Polizei und Institutionen miteinander koordiniert werden, um gemeinsam den größtmöglichen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen.

„Der Stuttgarter Ansatz basiert zunächst auf der Erkenntnis, dass kriminelle Karrieren junger Menschen verhindert werden können, wenn staatliche und kommunale Reaktionen auf Straftaten zeitnah und bereits bei der ersten Verfehlung erfolgen.“, erläutert EKHK Lohmann, Dezernent GS 2 beim PP Oberhausen und fügt hinzu, dies sei nur durch eine behörden- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit zu erreichen. „Ein Projekt Haus der Jugend in Oberhausen wäre zwar wünschenswert, lässt sich hier aber auch schon aus finanziellen Gründen kaum realisieren.“, rechnet Polizeipräsident Oelze vor, „deshalb die Idee, Behörden und Institutionen im Rahmen einer Zielvereinbarung ins Boot zu holen. Auf diesem Gebiet haben wir reichhaltige Erfahrungen, besonders was die Methode und die praktische Umsetzung angeht.“ Ein erster Schritt in Richtung Zielvereinbarung wurde im April 2000 gemacht. Auf



Einladung des PP Oberhausen trafen sich die Mitglieder des Präventiven Rates (PR) in Essen-Schellenberg. Dort wurde das Vorhaben einer behörden- und institutionsübergreifenden Zielvereinbarung zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität erstmals vorgestellt und diskutiert. Im Ergebnis waren alle Teilnehmer davon überzeugt, dass eine gemeinsame Zielvereinbarung das geeignete Instrument sei, mit vereinten Kräften die ersehnte Trendwende in der Kinder- und Jugendkriminalität herbeizuführen.



Internet:

www.polizei.propk.de

Bereits in seiner nächsten Sitzung, die mit einem Kurzreferat zur Klärung methodischer Aspekte eröffnet wurde, formulierte der PR ein gemeinsames Leitziel, dass sich von den Mitgliedern anschließend in eigene, institutionsspezifische Teilziele übersetzen ließ.

Die Vorbereitungen des PR waren Grundlage der eingangs beschriebenen, gemeinsamen Vereinbarung. Die Behörden- und Institutionsleiter haben sich entschlossen, den Kontrakt selbst zu unterzeichnen, um deren Verbindlichkeit sowohl nach innen als auch nach außen zu dokumentieren.

Der PR hat inzwischen eine Arbeitsgruppe „Controlling“ gebildet. Diese hat die Aufgabe, die Informationen aufzubereiten und die Ergebnisse zunächst halbjährlich dem PR zu berichten. Die Weichen sind damit gestellt! Das Erreichen einer positiven Veränderung der Fall- und Tatverdächtigenzahlen bei der Kinder- und Jugendkriminalität ist als gemeinsame Aufgabe erkannt worden. Mit dieser Vereinbarung haben sich die Beteiligten erstmals verpflichtet, diese Entwicklung in Kooperation miteinander positiv beeinflussen zu wollen. Daran wollen sie sich messen lassen. Nun bleibt abzuwarten, ob die vereinbarten Teilziele die gewünschte Wirkung entfalten.

Michael Brüning, PP Oberhausen

Tauschgesuch:

Polizeimeister aus Hessen (PP Frankfurt/M.) sucht dringend eine Tauschpartnerin/einen Tauschpartner in Nordrhein-Westfalen (möglichst Ruhrgebiet).

Tel.: 01 73/5 35 44 76 oder per Mail: xxl115@aol.com

Wir freuen uns auf Sie!

Herzlich willkommen auf der
GPEC 2002 Münster
Fachmesse für Polizeiausrüstungen

4. - 6. Juni 2002



Gewerbestraße 31
48249 Dülmen-Buldern



Die Kriminalität ist in NRW 2001 erstmals seit vier Jahren wieder gestiegen – mehr Diebstähle und Sachbeschädigungen – weniger Mord und Totschlag.

Foto: J. Tack

Polizeiliche Kriminalstatistik 2001

Mit 1 376 286 bekannt gewordenen Fällen stieg die Gesamtkriminalität in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 3,65 %. Dies entspricht dem Bundestrend, der gleichfalls einen Anstieg der Fallzahlen ausweist. Von den in NRW registrierten Straftaten konnten 663 316 Fälle aufgeklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 48,2 % (2000 = 49,1 %). Auffällig gute Ergebnisse der Ermittlungsarbeit zeigen die hohen Aufklärungsquoten bei Mord und Totschlag von 98,1 %, bei Körperverletzung mit Todesfolge von 88,7 %, bei Vergewaltigungen und schweren Fällen der sexuellen Nötigung von 81,5 % und bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung von 83,8 %.

Diebstahlsdelikte

Die Gesamt-Kriminalitätsentwicklung erklärt sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Diebstahlsdelikte um 3 %. Diese weisen mit 51,1 % den höchsten Anteil an der Gesamtkriminalität auf. Erstmals seit 1994 wurde im Diebstahlsbereich wieder ein Anstieg der Fallzahlen verzeichnet, der sich überwiegend auf höhere Fallaufkommen in den Bereichen Diebstahl von Kfz (+5,0 %), Diebstahl aus Kfz (+4,9 %), Taschendiebstahl (+20,9 %) dem damit in Zusammenhang stehenden Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln (+21,1 %) und Fahrraddiebstahl (+4,2 %) zurückführen lässt. Wenngleich sich damit zum Vorjahr eine Steigerung ergab, war dennoch die Anzahl der Diebstähle

des Jahres 2001 im Quervergleich der vergangenen 22(!) Jahre die drittkleinste.

Wohnungseinbrüche

Auffällig ist, dass sich seit 1996 für den Bereich der Wohnungseinbrüche erstmals im Jahr 2001 wieder eine Steigerung ergibt. Die Fallzahlen stiegen von 44 676 (2000) auf 46 676 in 2001. Dies entspricht einer Steigerung von 4,4%. Auch beim Tageswohnungseinbruch haben sich die Fallzahlen von 20 989 im Jahr 2000 auf 21 215 (2001) erhöht, wobei sich allerdings der Anteil der Tageswohnungseinbrüche am gesamten Fallaufkommen des Wohnungseinbruchs verringerte. Sein Anteil betrug in 2001 45,5%, während er im Jahr 2000 noch bei 46,98% lag. Bei der räumlichen Verteilung der Wohnungseinbrüche ist festzustellen, dass die mittleren Städte und die Großstädte am stärksten belastet sind. Der Gesamtanstieg in den Polizeipräsidien liegt bei 5,1%, im Bereich der Landrätinnen und Landräte bei 2,7%. Weiter fällt auf, dass

die Anzahl der Versuchshandlungen im Bereich des Wohnungseinbruchs wesentlich höher ausfiel als im Gesamtdiebstahlsbereich. 2001 blieb es bei 35,1% aller Tatausführungen bei Versuchshandlungen. Das ist die höchste für Nordrhein-Westfalen je gemessene „Misserfolgsquote“ für Täter. Für den Bereich der Tageswohnungseinbrüche ergaben sich folgende Zahlen: 2001/6 562 Versuchshandlungen = 30,93%, 2000/6 358 Versuchshandlungen = 30,29%. Die Abnahme der Tageswohnungseinbrüche am Gesamtaufkommen der Wohnungseinbrüche einerseits und der hohe Anteil der Versuchshandlungen andererseits weisen darauf hin, dass örtliche Präventionskonzepte Wirkung zeigen. Sicherheitstechnische Beratungen, Aufklärung der Bevölkerung und höhere Sozialkontrolle sind hier die bestimmenden Einflussfaktoren neben polizeieigenen Bekämpfungsstrategien wie z. B. der Einrichtung von Ermittlungskommissionen und/oder die zentrale Bearbeitung dieser Delikte in Verbindung mit qualifizierter Spurensuche und -sicherung.

Gewaltdelikte

Die Anzahl der Gewaltdelikte erreichte im Jahr 2001 einen neuen Höchststand (+1,6%), wobei ihr Anteil an der Gesamtkriminalität mit 3,18% leicht unter der Zahl von 2000 (3,24%) liegt. Trotz der hohen Aufklärungsquote von 73,8% bereitet das hohe Ausmaß dieser Kriminalität Sorge. Die gefährlichen und schweren Körperverletzungen hatten einen Anteil von 65,3% an der gesamten Gewaltkriminalität und verzeichnen somit eine Zunahme von 2,5%. Davon wurden 49,6% auf öffentlichen Wegen und Plätzen begangen, was einer Zunahme von 6,9% zum Vorjahr entspricht.

Eine noch höhere Zunahme gegenüber dem Vorjahr wiesen die leichten Körperverletzungen auf. Mit 48 298 Fällen wurden 4 164 Fälle mehr (9,4%) erfasst. Die stetig zunehmenden Körperverletzungen signalisieren eine Zunahme von Aggressivität im Umgang miteinander und geringer werdende Hemmschwellen, Gewalt zur Lösung von Konflikten einzusetzen. Ferner ist die Zunahme der registrierten

Darlehen mit Lebensversicherung

Jetzt Träume erfüllen

Wer sein Leben aktiv gestaltet, hat Ziele und Wünsche: Das Studium der Kinder soll finanziert werden oder ein neues Auto. Beamte auf Lebenszeit erhalten besondere Darlehenskonditionen in Verbindung mit einer Lebensversicherung der Hamburg-Mannheimer: beispielsweise z. Zt. 5,95% nominal und 6,53% effektiv bei 12 Jahren Laufzeit (Stand: 11. 9. 2001). Getilgt wird am Schluss durch die Lebensversicherung. Übrigens: Auch zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen ist das Beamtendarlehen geeignet.

Fragen Sie unsere Experten auch nach den Darlehens-Konditionen für den öffentlichen Dienst sowie die Inanspruchnahme der Riester-Rente:

Filialdirektion Münster:
Ruf (02 51) 53 02 90
Fax (02 51) 53 02 19

Filialdirektion Köln:
Ruf (02 21) 5 72 03 10
Fax (02 21) 5 72 03 15

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.



Taten zum Teil auch auf das geänderte Einschreiten und Anzeigeverhalten der Polizei bei häuslicher Gewalt zurückzuführen. Grundsätzlich sind Gewaltursachen aber nicht durch kurzfristig greifende repressive Maßnahmen von Polizei und Justiz allein abzustellen. Hier sind alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert, diejenigen Einflussfaktoren, die die Entstehung von Gewaltbereitschaft begünstigen, zu ändern. Die Polizei bietet seit Jahren diesbezügliche Präventionsprojekte u.a. in Zusammenarbeit mit Schulen an, um möglichst frühzeitig diesem Gewaltphänomen zu begegnen.

Beim Raub gab es nur eine geringe Steigerung der Fallzahlen bei einem Anteil von 29,6% an der Gewaltkriminalität. Der seit 1998 rückläufige Trend endete im Jahre 2001. Die höchste Zunahme wurde mit 12,6% im Bereich des Raubes in Wohnungen registriert. Auch die Anzahl der Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen stieg um 4,5% von 6 406 (2000) auf 6 696 Fälle im Jahr 2001 an. Betroffen waren vor allem die Bereiche der Polizeipräsidien mit 75,7% (8 790 Fälle), was gegenüber dem Jahr 2000 einer Abnahme um 1,4% entspricht. In ländlichen Bereichen stieg die Anzahl der Raubdelikte um 5,3%. Die durchschnittliche Häufigkeitszahl lag dort um über die Hälfte niedriger als in den Bereichen der Polizeipräsidien.

Rauschgiftdelikte

Die Rauschgiftdelikte insgesamt haben um 0,3% abgenommen auf 58 510 Fälle. 2001 starben in Nordrhein-Westfalen 498 Menschen im Zusammenhang mit Drogenmissbrauch (2000: 505 Menschen). Die seit einem Jahr beginnende Einrichtung von Drogenkonsumräumen lässt eine Verringerung der Zahl der Drogentoten erhoffen und erwarten.

Tatverdächtige unter 21

2001 stieg in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren gegenüber dem Vorjahr um 1%. Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen ist mit 32% gleich geblieben. Die Tatverdächtigenbelastungszahl, das ist die Zahl der Tatverdächtigen pro 100 000 Einwohner (TVBZ), liegt bei den Kindern erfreulicherweise um fast 5% unter der des Jahres 2000, die TVBZ der Jugendlichen stieg um 2,6%, die der Heranwachsenden sank um 1%. Bei den Tageswohnungseinbrüchen waren die unter 21-jährigen Täter in diesem Deliktbereich mit 48,1% beteiligt, der Anteil kindlicher und jugendlicher Täter belief sich auf 34,8%. Jugendkriminalität hat nicht eine oder einige wenige isolierbare Ursachen, sondern unterliegt vielen Faktoren und Bedingungen. Dabei ist zu denken an Erziehungsprobleme, an ungünstige Sozialisationsbedingungen, z.B. durch die Wohnsituation oder Arbeitslosigkeit der Eltern, eigene ungünstige Zukunftsperspektiven, unzureichende soziale Kompetenz, ein die finanziellen Möglichkeiten übersteigender Konsumanspruch, Tolerierung von Gewalt zur Lösung von Konflikten, Alkoholmissbrauch oder negative Medieneinflüsse pp. Jugenddelinquenz hat jedoch auch einen episodenhaften Charakter und setzt sich überwiegend nicht in Erwachsenenkriminalität fort. Die Mehrheit der Jugendlichen verhält sich normtreu oder tritt nach erstmaligem Auffälligwerden nicht mehr delinquent in Erscheinung. Die höchste Delinquenzneigung zeigen männliche Jugendliche, die sich in Cliquen aufhalten, die besondere Freizeitorientierungen aufweisen. Diese Erkenntnisse werden im Bereich der Kriminalprävention berücksichtigt und bei kriminalpräventiven Projekten umgesetzt. Ebenfalls ein zentraler Ansatz wirksamer Prävention ist die Zu-

sammenarbeit aller Verantwortlichen. Neben der Polizei leisten hier auch Jugendhilfe, Schule und Justiz wertvolle Arbeit. Andere verantwortliche Behörden des Landes haben in Abstimmung mit den jeweiligen Institutionen und örtlichen Behörden lokale Konzepte zur Bekämpfung der Kinder und Jugendkriminalität entwickelt und setzen diese gemeinsam um. Das Thema „Jugendkriminalität“ ist seit 1998 Gegenstand von Zielvereinbarungen des Innenministeriums mit den Polizeibehörden. Dieses Ziel wurde für 2001 präzisiert und gilt in dieser Weise fort.

Von den im Jahr 2001 ermittelten Tatverdächtigen waren 75% Deutsche und 25% Nichtdeutsche. Das entspricht einer Abnahme im Anteil an allen Tatverdächtigen zum Vorjahr von 1,4% (2000/26,5%). Bei den Diebstahlsdelikten (151 195 Tatverdächtige gesamt) waren 35 919 Tatverdächtige Nichtdeutsche. Das entspricht einem Anteil von 23,8%. Beim Diebstahl insgesamt nahm die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen bei den Nichtdeutschen gegenüber dem Jahr 2000 deutlich ab. Beim Wohnungseinbruch waren 27,8% der Tatverdächtigen Nichtdeutsche. Die höchste Zunahme beim Wohnungseinbruch entfiel im Jahr 2001 auf die Gruppe der nichtdeutschen Kinder (+33,5%). Bei der Gewaltkriminalität hatten von den 40 959 ermittelten Tatverdächtigen 11 979 Personen eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit (29,3%). Das entspricht gegenüber dem Jahr 2000 einem Rückgang von 6,9%. Der stärkste Rückgang gegenüber dem Jahr 2000 im Bereich der Gewaltkriminalität von Nichtdeutschen ist bei den Kindern (-9,9%) und bei den Jugendlichen (-11,4%) zu verzeichnen. ■

Details und weitere Infos:

www.lka.nrw.de/pks/pks2001/pks01.htm

oder im Intranet der Polizei NRW:

<http://pol2.duesseldorf-lka.polizei.nrw.de>

Dialog Steuerung und Führung

– der Innenminister im Gespräch mit der Basis

Mit einem Besuch beim Polizeipräsidium Essen begann die Veranstaltungsreihe „Dialog Steuerung und Führung“. Innenminister Dr. Fritz Behrens wurde bei seinem Gespräch mit Essener Kolleginnen und Kollegen vom Inspekteur der Polizei Dieter Glietsch und Landeskriminaldirektor Enno Brillo begleitet.



„Können wir wirklich unsere ehrliche Meinung zum Steuerungs- und Führungssystem äußern?“ – Diese und ähnliche Fragen waren keine Seltenheit im Vorfeld der Dialogserie, die Innenminister Behrens im März mit seinem Besuch in Essen begonnen hat. Das zentrale Thema der Veranstaltungen ist das Steuerungs- und Führungssystem der Polizei NRW (StFS). Genauer gesagt: Der Stand der Dinge, das bisher in den Behörden Erreichte, auch Probleme, die bei der Umsetzung aufgetreten sind und das, was noch zu tun ist. Behördenleitung, Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde sollen mit denen, die im Innenministerium Verantwortung für den Reformprozess tragen, in einen direkten Dialog eintreten können. Er forderte in seiner Eröffnungsrede ausdrücklich dazu auf, Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Polizei des Landes offen miteinander zu diskutieren und zu einer gemeinsamen Linie zu finden, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch von der Führung der Polizei über alle Ebenen hinweg erwarten.

Die Organisatoren hatten die Dialogveranstaltung mit Unterstützung des Beratungsteams Steuerung und Führung vorbereitet. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten im Vorfeld die Möglichkeit, ihre Fragen zur Umsetzung des StFS schriftlich zu artikulieren. Dazu wurden ihnen mit der Einladung Karten übersandt. So war es insbesondere möglich, die Probleme auch mit denen zu diskutieren, die an der Veranstaltung selbst nicht teilnehmen konnten. Ein ansehnlicher Rücklauf von mehr als 140 Fragen macht den Bedarf einer Aussprache zu der Thematik „Steuerung und Führung“ deutlich. Durch dieses Verfahren der Beteiligung war es möglich, vielfältige Aspekte und Nuancen zum Thema zu erfassen, zu strukturieren und die fachliche Beantwortung vorzubereiten. Alle Fragen werden beantwortet. Wenn das aus Zeitgründen während der Veranstaltung nicht vollständig möglich ist, erfolgt die Beantwortung kurzfristig im Nachgang. Keine Frage fällt „unter den Tisch“.

Nach den einführenden Worten von Polizeipräsident Schenkelberg, der Darstellung des Sachstandes Steuerung und Führung beim PP Essen durch den Leiter des Abteilungsstabes und nach dem Beitrag des Personalratsvorsitzenden der Behörde nutzten die Essener Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit, Meinungen bzw. Wünsche zu äußern oder weitere Fragen zu stellen.

„Meine Befürchtung, dass der Teilnehmerkreis zu zurückhaltend ist, war völlig unbegründet“, resümierte ein Vertreter des Ministeriums im Pausengespräch. Tatsächlich entwickelte sich angesichts der strukturierten Fragekarten ein reger Austausch von Standpunkten.

Inhaltlich wurde schnell deutlich, dass vorrangig drei Problemkreise die Kolleginnen und Kollegen in der Umsetzung

des StFS „drücken“: Die Sinnhaftigkeit ist für viele nicht erkennbar, Fülle und Tempo der Reformen werden als belastend empfunden, die Instrumente und Methoden, aber auch die „Sprache der Neuen Steuerung“ werden als zu kompliziert bewertet.

Die für die Diskussion im Plenum geplanten 90 Minuten vergingen wie im Fluge. Eine Teilnehmerin bestätigte dies: „Die Diskussionsrunde mit dem Innenminister war eindeutig zu kurz. Ich hätte gerne noch mehr Antworten gehört.“ Minister Behrens machte deutlich, dass er diese Form des offenen Austausches zwischen Ministerium und Behörden als ein wichtiges Gesprächsangebot betrachtet. Auch wenn nicht jede Frage besprochen werden konnte, boten die Inhalte doch allen Beteiligten die Möglichkeit, die Anregungen und Sorgen aufzunehmen und ggf. bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Die Wirkung der Veranstaltung auf die Beteiligten wurde über Rückmeldebogen erhoben. Natürlich hat nicht jeder die Antwort erhalten, die er erwartet hat. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Veranstaltern aber attestiert, dass sie eine angenehm offene Atmosphäre für einen direkten Dialog geschaffen haben. Dazu trugen sicherlich auch etliche persönliche Gespräche mit den Vertretern des Ministeriums in der kurzen Kaffeepause bei.

Nach der Auftaktveranstaltung beim PP Essen sollen weitere Veranstaltungen dieser Art folgen. Die nächsten vier Besuche dieser Serie sind bereits geplant, weitere sollen folgen. Für alle Behörden besteht die Möglichkeit, sich aktiv am „Dialog Steuerung und Führung“ zu beteiligen. Behördenleitungen, die Interesse an einer Beteiligung haben, können sich über ihre Bezirksregierungen an das Ministerium wenden. ■



Auszug aus der Rede des Ministers:

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,

ich weiß, dass Veränderungsprozesse immer auch als Belastung empfunden werden. Deshalb ist mir eines besonders wichtig: Die begonnenen Projekte werden wie DSM und KLR in dieser Legislaturperiode zum Erfolg geführt – und vorher packen wir nichts mehr oben drauf! Wir dürfen weder die Organisation, noch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überfordern, indem wir neue Reformprojekte starten, bevor der Erfolg des bisher Begonnenen sichtbar ist.

Unser gemeinsames Ziel muss es aber auch sein, vorhandene Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten schon jetzt auszuschöpfen und uns das bisher Erreichte nicht kaputt reden zu lassen.

Mir ist klar, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit heute eine andere Organisationswirklichkeit erleben, als sie in den Zielen des Steuerungs- und Führungssystems beschrieben ist. Das gilt auch für den Umgang mit Kritik, insbesondere zum Thema NStM.

Ich möchte Ihnen sagen, wie meine Mitarbeiter und ich die Situation bewerten und welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Für mich sind vier Punkte wichtig:

Erstens:

Wir müssen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Ziele des StFS: „Effektive Polizeiarbeit“, „Bürger- und Kundenorientierung“, „Mitarbeiterorientierung“ und „Wirtschaftlicher Umgang mit Ressourcen“ in Erinnerung rufen und sie davon überzeugen, dass diese Ziele richtig sind, dass es dazu keine Alternative



gibt und dass die Polizeiführung auf allen Ebenen gemeinsam mit Ihnen daran arbeiten will, dass diese Ziele erreicht werden.

Zweitens:

Die Polizeiführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen auf der Grundlage praktischer Erfahrungen gemeinsam die Frage beantworten, welche Methoden, Verfahren und Instrumente am Besten geeignet sind. Ihre Bereitschaft, an der Erprobung der Instrumente mitzuwirken, können wir nur erwarten, wenn Sie uns abnehmen, dass wir für notwendige Veränderungen offen sind. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass für uns (die Führung) die Ergebnisse der praktischen Erprobung nicht bereits feststehen, dass wir insbesondere das Verhältnis von Aufwand und Nutzen für die polizeiliche Praxis sehr genau beobachten und bewerten wollen, und dass wir an Vereinfachungen interessiert sind, wo immer sie möglich sind.

Drittens:

Führungskräfte aller Ebenen müssen gemeinsam um Verständnis dafür werben, dass die Einführung eines Steuerungs-



Innenminister Behrens spricht über Veränderungsprozesse in der Polizeiarbeit

und Führungssystems für die Polizei ein komplexes Vorhaben ist, für das es keine einfach übertragbaren Vorbilder in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung gibt. Ein solches Vorhaben ist unvermeidbar mit Arbeit und Aufwand verbunden, und unvermeidbar sind auch Fehler bzw. Irrtümer im Prozess der Umsetzung.

Viertens:

Wenn wir solche Fehler erkennen, müssen wir sie einräumen und zeigen, dass es darauf ankommt, daraus zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Nur wenn wir eigene Fehler, Fehleinschätzungen und Irrtümer einräumen und erkennbar korrigieren, gewinnen wir Glaubwürdigkeit. Gelingt uns das nicht, können wir das Steuerungs- und Führungssystem nicht flächendeckend erfolgreich umsetzen, weil uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht folgen.



Das dem FLD angegliederte ComCenter hat...

... Anfang April 2002 mit neun Beschäftigten ...



... seinen Dienst aufgenommen.
Fotos: Jan Potente

Lernen vom anderen



Einrichtung eines ComCenters beim Polizeipräsidium Krefeld

Das Projekt

„Etwa 80% aller Erstkontakte von Bürgern zur Polizei erfolgen telefonisch.“ Es spricht viel dafür, dass diese Erkenntnis der Polizei aus Venlo (Niederlande) auch für NRW gilt.

Dazu trägt sicherlich bei, dass sich durch die flächendeckende Verbreitung des Handys die Art der Kontaktaufnahme zur Polizei deutlich verändert hat. So gingen Besuche von Bürgern in den Krefelder Wachen deutlich zurück, wohingegen die Telefonvermittlung mit Anfragen überhäuft wurde. Dies führt in Krefeld zu folgender Situation:

Zu den Bürodienstzeiten tragen täglich bis zu 250 Bürger ihre Ersuchen über den Amtsanschluss telefonisch vor. Die Beschäftigten einer traditionellen Telefonvermittlung können in mehr als 90% aller Fälle den Anrufer lediglich „durchverbinden“. In vielen Fällen ist den Bürgern dadurch noch nicht geholfen, sie werden ▶



Etwa 80% aller Erstkontakte von Bürgerinnen und Bürgern zur Polizei...

... erfolgen telefonisch. Die Besuche auf Krefelder Wachen gingen, insbesondere verursacht durch den Handyboom, zurück...



Polizeipräsidium

möglicherweise mehrfach quer durch die Behörde weiterverbunden.

Zwangsläufig kommt es dabei zu Fehlsteuerungen, nicht alle Dienststellen sind ständig erreichbar, die Anschlüsse sind besetzt. Die Bürger müssen ihr Anliegen mehrfach vortragen, nach wiederholtem „Bitte warten, bitte warten,...“ geben sie unter Umständen ihr Vorhaben auf oder verschaffen sich über den Notruf 110 Gehör. Eine Vielzahl dieser Anrufe sind gar keine Notrufe.

Immer wieder haben Bürger die schlechte telefonische Erreichbarkeit des PP Krefeld bemängelt. Dieser Zustand ist mit den Organisationszielen „Bürgerzufriedenheit“ und „effektive Aufgabenwahrnehmung“ nicht zu vereinbaren.

Vorgehensweise

Um diese Situation dauerhaft zu verbessern wurde beim PP Krefeld eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Erreichbarkeit der Behörde in technischer und „qualitativer“ Hinsicht optimieren sollte.

In den Räumlichkeiten der Datenstation sollte eine Servicestelle (ComCenter) eingerichtet werden, in der Polizeivollzugsbeamte gemeinsam mit Angestellten telefonische Ersuchen soweit wie möglich abschließend bearbeiten.

Nach Auswertung von Erkenntnissen aus anderen Modellen (Einheitliche Rufnummer für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste in den Niederlanden) und nach Abschluss eigener Erhebungen (Zählung und Auswertung telefonischer Kontakte) wurden für die Tätigkeit des ComCenters folgende Qualitätsziele festgelegt:

- Verminderung der Durchvermittlungen und möglichst abschließende Bearbeitung

Ein rat-/oder hilfesuchender Bürger, der sich an die Polizei wendet, erwartet „am anderen Ende der Leitung“ einen kompetenten polizeilichen Ansprechpartner, der sich seiner Sache annimmt. Dies erfordert, dass die Mitarbeiter/-innen des ComCenters in der Lage sind, den ganz überwiegenden Teil der Anrufe abschließend zu bearbeiten.



... wohingegen die Telefonvermittlung mit Anfragen überhäuft wurde.

Die dort Angestellten konnten lediglich weitervermitteln, Zeit zur Hilfe gab es nicht.



Krefeld

- **Verbesserte Gesprächsqualität**
Die Mitarbeiter des ComCenters vermitteln dem Anrufer durch die Art der Gesprächsführung und durch ihr Fach- und Organisationswissen sowie durch die überwiegend sofortige Bearbeitung den Eindruck, dass ihr Anliegen in „guten Händen“ ist.
- **Positive Auswirkungen auf die Bürgerzufriedenheit**
Den Bürgern wird deutlich, dass ihre Ersuchen verstanden und bearbeitet werden. Wird erkannt, dass statt der Polizei ein anderer (z. B. das Ordnungsamt der Stadt) zuständig ist, wird das Ersuchen entgegen genommen und an die zuständige Stelle weitergeleitet; der Bürger wird nicht abgewimmelt.
- **Entlastung der Dienststellen**
Durch die Reduzierung der Durchvermittlungen treten angenehme Nebeneffekte ein: Fehlsteuerungen bei der Vermittlung, durch die Fachdienststellen mit Ersuchen konfrontiert werden, die nicht in ihren Verantwortungsbereich fallen und der

dortige Aufwand die zuständige Stelle zu erreichen, werden erheblich reduziert.

Wenn eilbedürftige Maßnahmen erforderlich sind, werden diese über die Einsatzleitstelle veranlasst. Andere Sachverhalte, die keiner unmittelbaren Übernahme durch die Fachdienststelle bedürfen, erreichen diese erst nach der Bearbeitung im ComCenter

Die Arbeitsgruppe hatte die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Behörde zu berücksichtigen. Es war insbesondere klar, dass Personal nicht zusätzlich eingestellt, sondern durch Umschichtung bereitgestellt werden musste.

Ergebnis

Nach umfangreichen baulichen Maßnahmen hat das dem Führungs- und Lage dienst angegliederte ComCenter am 4. 3. 2002 mit 9 Beschäftigten (3 Beamte und 6 Angestellte) den Dienst aufgenommen. Die mit moderner Kommunika-

tionstechnik und einem vernetzten CE-BIUS-Leitplatz ausgestattete Servicestelle ist von montags bis freitags mit jeweils einem ausgebildeten Einsatzbeamten im Früh- und Spätdienst besetzt. Zu diesem Zweck wurde die Leitstelle um 3 Beamte verstärkt.

Die Polizeivollzugsbeamten werden durch Angestellte der Datenstation sowie der ehemaligen Telefonvermittlung und Fernschreibstelle unterstützt, die durch Telefontrainings und Seminare auf die Aufgabe vorbereitet wurden. Darüber hinaus wird in einer viermonatigen „learning-by-doing-Phase“ ein Polizeibeamter die Arbeit intensiv begleiten.

Die Behörde ist über die Rufnummer des ComCenters rund um die Uhr erreichbar. Außerhalb der „Geschäftszeit“ werden die Aufgaben von der Leitstelle wahrgenommen.

Für die über die Medien informierten Krefelder Bürger ist damit eine wesentliche Verbesserung eingetreten:

Die Rufnummer 110 bleibt, was sie ist: der PolizeiNOTruf, ergänzt um das Angebot des ComCenters, auch unterhalb der



Zwangsläufig kam es zu Fehlsteuerungen, die häufig zum Textverdruss
„Bitte warten, ... bitte warten, ...“ führte. Das Krefelder ComCenter...

... behebt u. a.
die schlechte
Erreichbarkeit
und führt zu
mehr Bürger-
zufriedenheit
und einer
effektiven
Aufgaben-
wahrnehmung.



steuerung und führung.polizei.nrw



Das Krefelder Polizeipräsidium

„Notrufschwelle“ Nöte und Sorgen in Sachen Sicherheit und Ordnung mit der Polizei zu besprechen.

Motto: Der Bürger muss von den technischen und organisatorischen Schwierigkeiten der Polizei entlastet werden.

Wie erfolgreich dies gelingt, wird über ein momentan entwickeltes Controlling gemessen.

Ausblick

In der nächsten Ausgabe stellt das PP Wuppertal die Entwicklung eines Qualitätshandbuchs für die Abteilung Verwaltung/Logistik vor.

Kontaktadresse

Polizeipräsidium Krefeld
Abteilungsstab GS
Führungs- und Lagedienst, Leitstelle
Arbeitsgruppe ComCenter
Nordwall 1
47798 Krefeld
Tel.: (0 21 51) 6 34-34 00
CN-Pol: 07-2 49-34 00



Das Beratungsteam
StFS zieht positive Bilanz

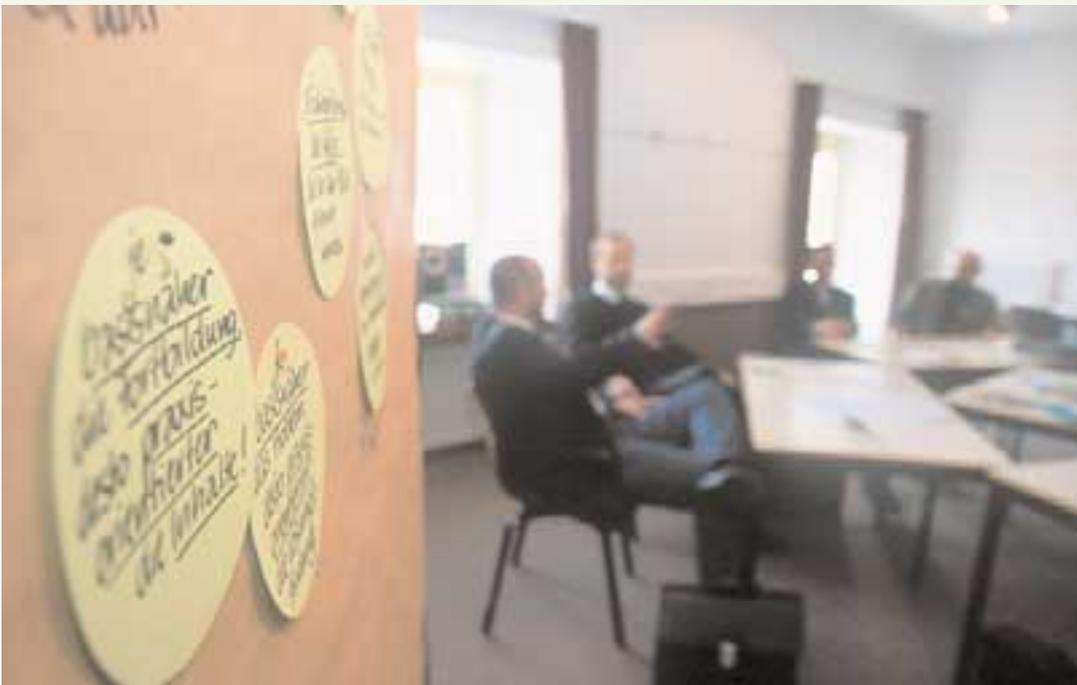


Mit Volldampf auf einem sehr guten Weg

Das Beratungsteam „Steuerung und Führung Polizei NRW“ hat erfolgreich Fahrt aufgenommen. Nach den ersten sechs Monaten der Beratungstätigkeit vor Ort ist eine erste Zwischenbilanz gezogen worden.

„Mit gegenwärtig 27 Beamtinnen und Beamten beraten wir seit dem 1. September des vergangenen Jahres unsere Behörden und Einrichtungen“, sagte Projektleiter Rainer Pannenbäcker zum Auftakt, als das Beratungsteam Mitte März Herrn Ministerialdirigent Norbert Salmon und weiteren Vertretern der Polizeiabteilung im Innenministerium den ersten Sachstand nach der Einsatzfähigkeit des Beratungsteams vorstellte.

Nicht ohne Stolz berichtete er von 30 Behörden und Einrichtungen, die bereits bis Ende 2001 mindestens einmal beraten wurden. „Zehn Behörden waren offenbar so zufrieden, dass sie unsere Unterstützung schon mehrfach in Anspruch genommen haben“, stellte Peter Beine als sein Stellvertreter fest. Insgesamt waren die Beraterinnen und Berater in den ersten vier Monaten in 43 Beratungen tätig. Die folgenden Beispiele sprechen eine deutliche Sprache:



Insgesamt 30 Polizei-behörden und Polizei-einrichtungen haben bis Ende 2001 mindestens einmal die Unterstützung des Beratungsteams in Anspruch genommen.

Beratungsteam „StFS“

- 17 Behörden und Einrichtungen wurden bisher bei der Vorbereitung und Durchführung von Mitarbeiterbefragungen unterstützt. Insgesamt hatten mittlerweile über 12 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gelegenheit, den Fragenbogen zu beantworten und Verbesserungsbedarf aus ihrer Sicht mitzuteilen. Die durchschnittliche Beteiligungsquote von über 75% kann – verglichen mit anderen Befragungen dieser Art – als außerordentlich hoch angesehen werden. Sie zeigt auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offenbar hohe Erwartungen vor allem an die Umsetzung der Ergebnisse haben und dass sie ihr Arbeitsumfeld mitgestalten wollen.
- Neun Behörden und Einrichtungen liegen die Ergebnisse ihrer Mitarbeiterbefragungen bereits vor. In zwei Behörden erfolgt schon eine intensive Beratung zum Umgang mit ihren Ergebnissen.
- Testverfahren zur speziellen Bürger- und Kundenbefragung werden in drei Pilotbehörden begleitet.
- In 15 Behörden bzw. Einrichtungen wurde bei der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und der Software M1® aktiv geholfen.
- 10 Behörden sind bis Ende 2001 zu Fragen des Berichtswesens, der Outputsteuerung, der Zielvereinbarungen und der Budgetierung unterstützt worden. Weitere acht Behörden werden zu diesen Themen aktuell beraten.
- Konzepte für das Vorgehen bei der Einführung des Dezentralen Schichtdienstmodells sind gemeinsam mit Behördenleitungen entwickelt worden.

Auf seine Tätigkeit wendet das Beratungsteam natürlich die gleichen Instrumente und Methoden an, bei deren Umsetzung es vor Ort Hilfestellung leistet. Ein Beispiel: „Genau wie alle anderen Dienststellen der Polizei haben wir für uns Qualitätsleitsätze erarbeitet“, schildert Ralf Ansoerge, der mit sieben Kollegen „rund um das Qualitätsmanagement“ berät. Das Leitbild ist der Rahmen für die Beratungstätigkeiten des gesamten Teams.

„Wir profitieren natürlich von den Erfahrungen, die wir selber innerhalb unserer Dienststelle mit den Instrumenten machen“, stellt Harald Wilke heraus und zielt besonders auf die Kosten- und Leistungsrechnung ab, die er für das Beratungsteam aufbaut.

Unbürokratische Kontaktaufnahme, kurze Laufzeiten, feste Meilensteine für die Projektentwicklung und Verantwortlichkeiten sowie Kontaktpflege nennen die Projektmitglieder als weitere wichtige Zutaten des Erfolgsrezeptes.

Dabei wurden gemeinsam Konzepte für das Vorgehen bei der Einführung von z. B., DSM oder KLR entwickelt.
Fotos: J. Tack



Polizei NRW

Diplom-Psychologe Jürgen Ricken arbeitet mit vier Beamten im Bereich ‚Veränderungsprozess.‘ Er schildert, dass das Projekt auch auf den Feldern Wissenstransfer und Wissensmanagement zum Teil Neuland betritt, um einen lebendigen Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen innerhalb und zwischen Behörden und Einrichtungen zu vereinfachen. Dieser Aufgabe wird sich das Projekt verstärkt widmen.

Um die grundlegenden Fragen „Wo stehen wir als Behörde oder Einrichtung im Veränderungsprozess?“ und „Wie gehen wir weiter vor?“ zu beantworten, steht dem Beratungsteam nun ein neues Werkzeug zur Verfügung. Es macht Selbstbewertungen der Behörden und Einrichtungen mit einem sehr vertretbaren Arbeitsaufwand möglich. Anhand der Ergebnisse können sie Ist-Stand, Verbesserungsbe-

reiche und Schwerpunkte im Reformprozess besser als bislang erkennen und bewerten. Darauf bauen sie die folgenden Schritte auf. Das Instrument ‚QuickScreen EFQM‘ und sein Einsatz werden noch ausführlich vorgestellt.

„Auch jetzt haben wir zahlreiche neue Beratungs- und Unterstützungsersuche auf dem Tisch, die uns mit Sicherheit ein kurzweiliges Jahr bescheren“, schließt Rainer Pannenbäcker den Ausblick auf die kommenden Monate ab.

Erfreulich ist auch die erste Bilanz des Inspektors Dieter Glietsch: „Das Beratungsteam scheint die hohen Erwartungen der Polizeibehörden unseres Landes zu erfüllen“. Beeindruckt von der Vielfalt der Beratungsthemen, der Zahl der Nachfragen und in der Überzeugung bestätigt, dass den Behörden und Einrichtungen mit dem Beratungsteam eine wichtige praktische Hilfe gegeben wurde, wünschte Herr Salmon dem Beratungsteam weiterhin Erfolg bei seiner Arbeit.

Thomas Decken/Kerstin Pörschke

Die Adresse des Beratungsteams lautet:

Beratungsteam Steuerung und Führung
Polizei NRW
c/o Polizeiwache Vohwinkel
Bahnstraße 11
42327 Wuppertal

Die Geschäftsführung ist zu erreichen unter:

02 02/284-58 70
02 02/284-58 68 (fax)
bzw. (07-245-58 70)
E-Mail: btstf.info@t-online.de

„Menschen in Afghanistan sollen sich wieder sicher fühlen“



KR Achim Schmitz wurde von Herrn Salmon (Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium) und Herrn Bankstahl (PFI „CS“ Münster, FB Auslandseinsätze) nach Afghanistan verabschiedet.
Foto Red.

Selbstsicher formuliert Kriminalrat Achim Schmitz das Ziel seiner Afghanistan-Mission. Gemeinsam mit elf weiteren Polizeibeamten aus Bund und Ländern soll der 38-Jährige aus Neuss in dem krisengeschüttelten Land am Hindukusch den Wiederaufbau des Polizeisystems betreuen.

Mental und fachlich auf den schwierigen Einsatz vorbereitet, starteten die deutschen Ordnungshüter am Dienstag (2. 4. 2002) vom Flughafen Düsseldorf in Richtung Kabul. Aus Nordrhein-Westfalen ist Kriminalrat Schmitz mit an Bord. Ein Jahr lang werden er und das deutsche Polizeiteam der Interimsregierung sowie örtlichen Organisationen beratend zur Seite stehen.

Afghanistans Polizei nur in Grundzügen vorhanden

Die aktuelle Lage in Kabul schätzt Achim Schmitz alles andere als einfach ein. „Ich habe einen hohen Respekt vor der dortigen Sicherheitslage“, erklärt der gebürtige Wuppertaler. Kriminelle Organisationen würden die chaotische Lage im Land ausnutzen. Und auch die Terrorbedrohung sei nach wie vor Realität. Das Polizeisystem sei dagegen nur in Grundzügen vorhanden. So zähle die Kabuler Stadtpolizei derzeit zwar zirka 6 000 Kräfte. Doch die privaten Ordnungshüter seien verschiedenen Auftraggebern wie etwa dem afghanischen Innenministerium oder einzelnen Stammesfürsten unterstellt. Die Strukturen und Zuständigkeiten seien recht undurchsichtig. „Wir müssen uns erst einen Überblick verschaffen“, räumt der Kriminalrat ein. In einem zweiten Schritt sei es Aufgabe, eine funktionierende Polizeistruktur nach westlichen Maßstäben zu entwickeln. Das deutsche System diene dabei als Vorbild. Entscheidungen, welche Strukturen schließlich etabliert werden, fälle die Interimsregierung, erläutert der 38-Jährige.

Akademie mit deutschem Sachverstand

Allerdings kümmert sich das deutsche Team nicht nur um den Aufbau neuer Strukturen und die Ausstattung der afghanischen Polizisten. Es soll auch die

Basis für eine Fortbildungs-Akademie legen: Die Afghanen können sich auf diese Weise den Sachverstand der deutschen Kollegen zunutze machen. Mit dem vermittelten Rüstzeug sollen sie dann später selbst die chaotische Lage in ihrem Land in den Griff bekommen. Der gesamte Katalog der deutschen Polizeiarbeit komme bei den Schulungen zum Zuge. Schmitz: „Wir werden von der Unfallaufnahme bis zur Kriminalitätsprävention alles durchspielen.“

**Krisen-Erfahrungen
in Bosnien-Herzegowina gesammelt**

Das für die Schulung notwendige Fachwissen und die didaktischen Fähigkeiten hat sich Kriminalrat Schmitz in seinen bisherigen Jobs aneignen können. Seit 2001 leitet er die Koordinierungsstelle für europäische und internationale Zusammenarbeit der Polizei am Polizeifortbildungsinstitut in Neuss. Zuvor war er im Landeskriminalamt NRW für die Bekämpfung des Organisierten Verbrechens zuständig. Sogar Auslandserfahrung in einem Krisengebiet hat der 38-Jährige vorzuweisen: Als stellvertretender Leiter der Polizeimission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina musste Schmitz lernen, wie schwierig es ist, verschiedene ethnische und politische Einstellungen friedlich zusammenzuführen. „Es ist ein langer Prozess, der nicht in wenigen Monaten zu bewerkstelligen ist“, weiß Schmitz. Auch in Afghanistan werde es Jahre dauern, bis wieder Sicherheit und Stabilität herrsche, ist er überzeugt.

Grünes Licht von der Familie

Für den Einsatz in Afghanistan hat Schmitz sich freiwillig gemeldet. Der Reiz, durch den Aufbau eines Polizeisystems den Menschen helfen zu können, war für



Das Polizeiteam vor dem Abflug.

ihn ausschlaggebend gewesen. Allerdings überließ er seiner Familie das letzte Wort. Erst nachdem sie grünes Licht gegeben hatte, sagte er abschließend zu. Schmitz: „Ohne den Rückhalt der Familie ist solch eine Mission nicht zu machen.“ In der Grenzschutzschule in Lübeck wurden die Polizeibeamten fachlich auf ihre Aufgabe in Kabul vorbereitet. Doch auch in seiner Freizeit beschäftigte sich Schmitz eingehend mit der Mentalität und der Kultur

der Afghanen. Denn das islamische Rechtssystem bildet auch den Hintergrund für die Polizeiarbeit. „Man sollte nicht mit Scheuklappen, aber auch nicht zu blauäugig nach Afghanistan gehen“, ist Kriminalrat Schmitz überzeugt. Vielmehr sei es wichtig, der gefährlichen Situation im Land mit Professionalität zu begegnen.

*Quelle: WDR, Aktuelle Stunde
(2. 4. 2002), WDR-Online*

AUTOKAUF

ZU TOP-KONDITIONEN

▶ Neuwagen

▶ Jahreswagen

▶ Gebrauchtwagen

▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!

Informieren Sie sich!

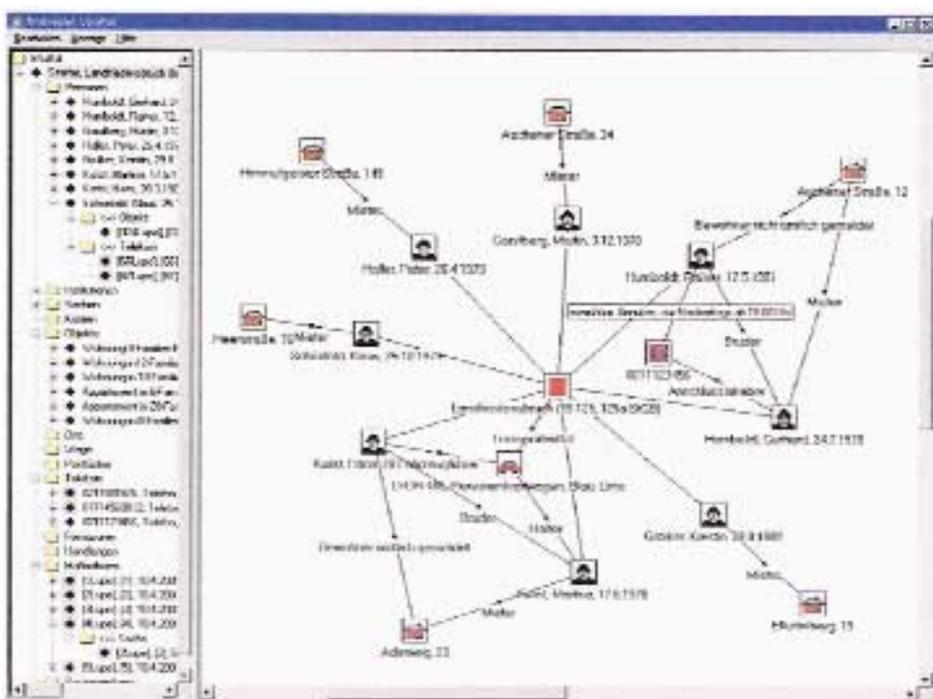
Ihr Ansprechpartner: Kollege Thomas Brockhaus

(0 22 07) 76 77

Findus

– eine neue Dimension der kriminalpolizeilichen Informations- verarbeitung

Abb. 1



Das IT-Verfahren FINDUS existiert bereits seit 1996 (damals noch unter dem Namen Fall/OK). Aber dieses Produkt war bis vor kurzem den wenigsten Ermittlungsdienststellen bekannt. Erst mit der Einrichtung des Zentralen Servers in der Version 2.61 erlangte das Produkt einen höheren Bekanntheitsgrad. Nicht zuletzt durch die Vorgaben, den Meldedienst im Bereich Falschgeld über FINDUS abzuwickeln, wurde die Verbreitung weiter voran getrieben. Die Entwicklung der Version 3.0 mit der grafischen Oberfläche hat schließlich dazu geführt, dass FINDUS in NRW bei allen Polizeibehörden eingesetzt wird.

Warum FINDUS?

Inzwischen hat sich der Name FINDUS etabliert und damit wuchs auch das Verständnis, dass die Applikation nicht ausschließlich in der OK-Bekämpfung sinnvoll eingesetzt werden kann, sondern für die gesamte Kriminalitätsbearbeitung eine Rolle spielt. Die durch FINDUS eröffneten Möglichkeiten, die sich aus dem Namen bereits ergeben – „Fallinformation durchsuchen mit System – sind für den Sachbearbeiter im Bereich Wohnungseinbruch sicher ebenso wertvoll wie für den OK-Sachbearbeiter. Darüber hinaus ergibt sich für die Bereiche OK und Staatsschutz

die Möglichkeit, Informationen aus dem Fallbereich am Arbeitsplatz abzurufen, die sonst nur durch umfangreiche Befragungen in den verschiedenen Kommissariaten oder auch gar nicht zugänglich waren.

Der Leistungsumfang und die damit verbundene Bedeutung von FINDUS wird u. a. auch durch die Prüfung der Projektgruppe AGIL im Jahre 1999 deutlich. Sie führte zu dem Schluss, dass FINDUS aus fachlicher Sicht für den bundesweiten Einsatz geeignet sei. Lediglich aufgrund



der Unterschiede in den Systemarchitekturen wurde eine Implementierung von FINDUS als Fallkomponente in AGIL/INPOL-neu verworfen. Für die Polizei NRW ergab sich daraus, dass man bei der Einführung der DV-technischen Unterstützung der Fallbearbeitung auf dem richtigen Weg war.

Ein weiterer Eckpfeiler war der Weg zur „Einmalerefassung“. Der mit FINDUS geschaffene Datenpool zur Analyse und Auswertung musste und muss mit Daten gefüllt werden, welche primär schon bei der Erfassung, vorzugsweise in den Wachen, entstanden sind. Hierzu waren Schnittstellenprogramme notwendig, die Daten aus dem Vorgangsbearbeitungssystem IGV-P (VWV) und dem Tagebuchsystem ZVV exportieren können. Seit Anfang 2000 sind auch diese Programme verfügbar und führen nun, ohne jegliche Doppelerfassung, zu umfangreichen, aus-

wertbaren Datenbeständen. Darüber hinaus steht den Falschgeldsachbearbeitern die Applikation FINDUS-Falschgeld zur komfortablen und schnellen Abwicklung ihres Meldedienstes zur Verfügung. Die dort erfassten Daten werden ebenfalls über eine Schnittstelle an FINDUS-Recherche übergeben.

Aus der somit entstandenen Anzahl von Programmen, die sich um das Basisprogramm FINDUS-Recherche gruppieren, entstand die Produktpalette FINDUS.

Strategische Ausrichtung

Bedingt dadurch, dass es sich bei FINDUS nicht um einen softwaretechnischen Monolithen handelt, ergeben sich auch diverse Anwendungsvarianten, die aus den fachlichen, aber auch technischen Rahmenbedingungen resultieren. So ist es zum Beispiel vorstellbar, dass die Polizei Thüringen FINDUS in einer anderen Struktur einsetzen wird, als es in Nordrhein-Westfalen geschieht. Diese Flexibi-

lität bedingt aber auch, dass die strategische Ausrichtung der einzelnen Produkte und deren Zusammenspiel, genauestens geplant wird (Abb. 2).

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass in FINDUS-Recherche alle harten und weichen Informationen abgelegt werden können, unabhängig davon, ob sie aus den Bereichen organisierte Kriminalität, Staatsschutz oder aus den allgemeinen Ermittlungsdienststellen kommen. Die stringente Abschottung dieser drei Bereiche, die das Produkt FINDUS-Recherche gewährleistet, muss natürlich beim Einsatz der FINDUS-Produktpalette berücksichtigt werden (Abb. 3).

In Nordrhein-Westfalen ist bzw. wird in Kürze für die Produktpalette FINDUS in jeder Kreispolizeibehörde ein Datenbankserver eingerichtet. Die zentrale Landesdatenbank wird dazu genutzt, Geschehen (Straftaten oder Ereignisse) von überregionaler Bedeutung dort abzulegen und damit für alle anderen berechtigten Sachbearbeiter in anderen Kreispolizeibehör-

Abb. 2

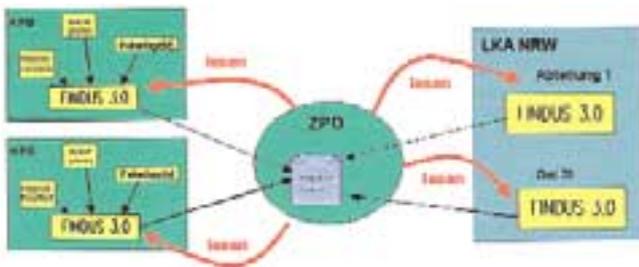
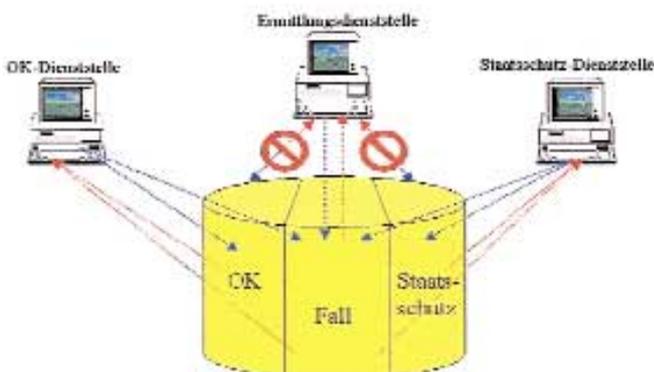


Abb. 3



ENFORCER PÜLZ GMBH

1 ANTI-MESSER-HANDSCHUHE

Außen Leder, innen Spectra (super-resistent) oder Kevlar, schützt Ihre Hände bei Messerangriffen.



Größen: S-XXL.

Kevlar-RFK 300

Best.-Nr.: 5536

41,- €

Spectra-FM 2000

(schnittfester als Kevlar)

Best.-Nr.: 4526

47,- €

2 POLIZEI-AUSRÜSTUNGSTASCHE

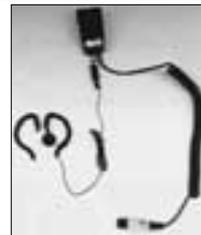
Viele Fächer, Nylon/Cordura

Best.-Nr.: 4468

56,80 €

Schriftzug Polizei, Best.-Nr.: 4205

17,50 €



3 SPRECHEINRICHTUNG

mit Lautsprecher/Mikro-Funktion. Anschlussstecker passend für Bosch FuG 10 a/13 a (BOS). Diese Sprecheinrichtung ersetzt die Sprechtaaste am Funkgerät, sodass das Funkgerät in der Tasche bleibt.

Best.-Nr.: 4490

52,50 €

OHRHÖRER-ANSCHLUSS

passend z. B. für Sprecheinrichtung 4490. So können Passanten den Funkverkehr nicht mithören. Mit Zusatzbügel für das andere Ohr, 3,5 mm Stecker.

Best.-Nr.: 4488

22,- €

Besuchen Sie uns:
Mo. bis Fr.: 10.00 bis 18.00 Uhr
Sa.: 10.00 bis 14.00 Uhr

Neuen Farbkatalog abholen oder anfordern:
ENFORCER GmbH
Ubstadter Straße 36
76698 Ubstadt-Weiher
Tel. (0 72 51) 96 51-0
Fax (0 72 51) 96 51-14
Filiale BERLIN: Rankestr. 14
Lieferungen nur an Behörden,
Sicherheitsdienste
und deren Angehörige!

den recherchierfähig zu machen. Datenimporte oder -erfassungen geschehen somit nur auf den lokalen Behördenrechnern.

Die Daten werden durch einzelfallbezogene Sachbearbeiterentscheidung auf dem zentralen Landesserver abgelegt. Abweichend davon stellt sich die Behandlung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes dar. Hier werden Datensätze, zu denen ein entsprechendes KP-Formular generiert und ausgedruckt wurde, direkt für den Transfer auf den Landesserver gekennzeichnet und beim nächsten Export (in der Regel täglich) auf dem FINDUS-Landesserver abgelegt. Dadurch ist gewährleistet, dass das LKA NRW zum einen Meldedienstdaten nicht erneut erfassen

Wesentlicher Bestandteil sind die Schnittstellen der ursprünglichen sowie der durch das BKA verdichteten Rasterdaten zu FINDUS. Dadurch wird eine komplette DV-technische Zusammenführung aller im Rahmen der Rasterfahndung anfallenden Daten ermöglicht (Abb. 4).

Aber auch der Notwendigkeit, mehrere Behörden auf einem Datenpool direkt arbeiten zu lassen, wurde durch das Aufsetzen eines weiteren Landesservers für die gerasterten Daten entsprochen. Berechtigte Sachbearbeiter aus den Kreispolizeibehörden können hier direkt bearbeiten und recherchieren. Eine Behörden-datenbank wurde nicht benötigt.

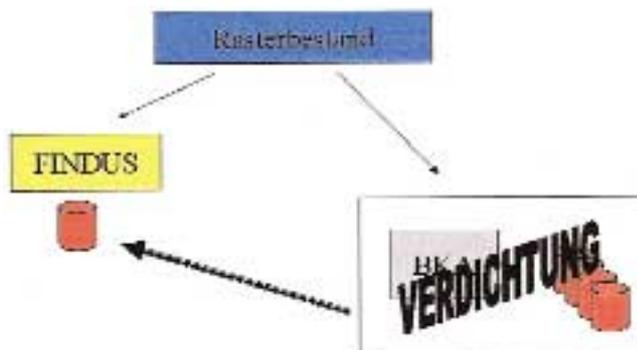
Weitere Einsatzbereiche ergaben sich in Ermittlungskommissionen. Hier wurde

cherche zu erfassen bzw. dort mit weiteren Informationen anzureichern. Das alte Problem der komplizierten Datenerfassung, mit dem komplexe Recherchesysteme generell zu kämpfen haben, ist nun abschließend gelöst.

Nach der Eingabe von Informationsobjekten, z. B. Personen oder Objekten, war es notwendig, die entsprechenden Beziehungen untereinander aufzubauen. Eine solche Beziehung zwischen einer Person und einer Lokalität kann z. B. „erreichbar“ mit einem Zeitraum sein. Eine derartige strukturierte Datenerfassung war, wie sich aus den Erfahrungen bis zum Release 2.6 ergab, kompliziert und zeitaufwändig. Gleichwohl wird sie aber für ein Recherchesystem benötigt. Die Lösung konnte daher nur sein, die Strukturen zu visualisieren und diese visualisierte Ansicht gleichzeitig für die Bearbeitung zur Verfügung zu stellen (Abb. 4). Das Release FINDUS 3.0 bietet nun erstmalig eine derartige Oberfläche, mit der der Sachbearbeiter in die Lage versetzt wird, seinen Fall zu „malen“. Beziehungen werden nun so dargestellt, dass Informationsobjekte, die als Icons auf dem Bildschirm dargestellt werden, mit der Maus übereinander gezogen werden, wobei das System erkennt, welcher Beziehungsdialog angeboten werden muss. Nach Eingabe der Beziehungsdaten werden die beiden Informationsobjekte mit einer Linie verbunden. Weitere elegante Handling-funktionalitäten, die durch diese Oberfläche entstanden, haben schon heute die Anwender voll überzeugt.

Technisch erwies sich diese Art von Oberfläche, in Verbindung mit Bearbeitungsfunktionalitäten direkt auf der FINDUS-Datenbank, als Herausforderung. Grafische Datenverarbeitung in dieser Form stellte ein Novum, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, dar. Von der ersten Äußerung eines Softwareentwicklers: „I have a

Abb. 4



muss und zum anderen nun alle Kreispolizeibehörden die Möglichkeit haben, diese zu recherchieren.

Weitere strategische Einsatzbereiche haben sich nicht zuletzt in der jüngsten Vergangenheit ergeben.

Im Bereich der Rasterfahndung zeigte sich, dass die gerasterten Daten in Abhängigkeit der getätigten Ermittlungen bearbeitet werden müssen. Hierzu bot sich das Produkt FINDUS-Recherche an. Notwendige Modifikationen konnten durch eigenes Personal der ZPD NRW aufgrund der strukturierten Softwarearchitektur innerhalb weniger Tage eingebaut werden.

vereinzelt die Einzelplatzversion FINDUS-Recherche eingesetzt, da keine geeignete SPUDOK-Anwendung zur Verfügung steht.

Neuerungen durch das Release FINDUS 3.0

Mit dem Release FINDUS 3.0 wurde in zweierlei Hinsicht, fachlich und DV-technisch, ein großer Schritt nach vorne gemacht.

Trotz der vorhandenen Schnittstellen zu IGV-P, ZVV und FINDUS-Falschgeld gibt es nach wie vor die Notwendigkeit, auch weiterhin Daten direkt in FINDUS-Re-

dream“ bis zum fertigen Release FINDUS 3.0 lag ein schwieriger Weg.

Nahe Zukunft

Nun, nachdem die Produktpalette FINDUS ihren Stellenwert in der Datenverarbeitung der Polizei NRW erlangt hat, gibt es trotzdem oder auch deswegen einen weiteren, umfangreichen Katalog an schon beauftragten Produkten für das Projekt FINDUS.

Im Vordergrund steht hier die Ausdehnung der grafischen Benutzeroberfläche auf den Bereich der Rechercheerstellung. Zurzeit ist es für den Sachbearbeiter schwierig, komplexe, bereits erstellte und gespeicherte Recherchen zu einem späteren Zeitpunkt nachzuvollziehen. Zukünftig wird es daher möglich sein, Abfragen grafisch aufzubauen. So wird beim Laden einer gespeicherten Abfrage auf einen Blick ersichtlich, nach welchen Informationsobjekten in dieser Recherche gesucht werden soll.

Neben der weiteren Unterstützung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes im Bereich Staatsschutz ist die Realisierung des weiteren Produktes TAURUS-FINDUS von hoher Bedeutung. Diese Applikation wird im Wesentlichen die Funktionalitäten und auch das Erscheinungsbild von FINDUS-Recherche 3.0 haben. Jedoch wird sie zusätzlich u. a. die komfortable Bearbeitung und Auswertung von TKÜ-Maßnahmen ermöglichen. Diese besteht im Wesentlichen in der automatisierten Zusammenführung von digitalen Gesprächsaufzeichnungen und zugehörigen

Verbindungsdaten, wie auch der sich daran anschließenden Verschriftung. Damit wird das altgediente SPUDOK-System der Vergangenheit angehören.

Die aus dem Einsatz des Recherchetools resultierenden Möglichkeiten sind bisher bundesweit einmalig. Ganz sicher stellt die FINDUS-Produktpalette eine neue Generation der polizeilichen Informationsverarbeitung dar und wird sich auch weiter auf diesem Weg entwickeln.

Horst Luckey,

Bernd Krusenbaum (ZPD NRW)

Beamten-/Angestellten-Darlehen
 Für Beamte a. L., Angestellte u. Arbeiter des öffentl. Dienstes. Festzins ab 5,95%, effekt. Jahreszins ab 6,49%, Laufzeit 14 Jahre. (Beispiel: beim 30jähr. Kosten 20 000,- € 211,17 €)

Blankodarlehen zum Girokontoausgleich 5000,- €, mtl. 47,92,- €, effektiver Jahreszins 6,05%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung).
 Darlehen für Hausbesitzer bis 10 000,- €, mtl. 95,83 €, effektiver Jahreszins 6,05%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung)

Hypotheken-Darlehen: Zinssatz 4,95%, effektiver Jahreszins 5,02%, 8 Jahre fest, Ausz. 100%, ges. Laufzeit 22 Jahre, Rate über die ges. Laufzeit fest. Für Kauf, Umfinanzierung, Neu- und Anbauten. Weitere Angebote im Programm. Informieren Sie sich bei unseren fachkundigen Mitarbeitern. **Modernisieren Sie mit KfW-Mitteln.**

Vermittelt: **gufinanz Kapitalbeschaffung GmbH - Kopernikusstraße 15 - 37079 Göttingen**
 Fon (05 51) 9 98 98 44 - Fax (05 51) 9 98 98 30 - E-Mail: mphartmann@t-online.de

Bismarckstr.40, 41061 Mönchengladbach Tel./Fax: 02161-809650 e-mail: cop.MG@T-Online.de		 Ausrüstung, Schutzwesten und Bekleidung für Polizei, Militär und Sicherheitsdienste		 Rathausstr.2, 52525 Heinsberg Tel./Fax: 02452-2600 e-mail: Waffen-Esser@web.de	
§ Sonderangebote Mai 2002 §					
<p>MAGNUM Elite Force</p>  Art.Nr.: 8779 Obermaterial: hochwertiges, wasserdichtes Leder, Sympatex-Membrane, Schoelchströmung, Dämpfungssystem, ölresistente, hochgriffige und abriebfeste TSD-Außensohle Farbe: schwarz Größen: 39 – 47 Sonderpreis: 99,90 €	<p>NIKWAX</p>  Art.Nr.: 7310 Zwei wasserdichten Imprägnieren von Schuhen aus Stoff und/oder Leder. Ideal für Schuhe mit Gore-Tex® oder Sympatex®. Umweltfreundlich - enthält keine Treibgase, PCKW's o. Chlorlösemittel. Sonderpreis: 5,90 €	<p>Poli VERSABRITE II</p>  Art.Nr.: 162270 für 2 Mignonzellen, schwarz Lampe mit verstellbarem Kopf und Clip zur Befestigung an Bekleidung. Ideal bei Ausweiskontrollen, um beide Hände frei zu haben. Größe: ca. 8 x 4 cm, Gewicht inkl. Batt. nur 100 g, Leuchtdauer: ca. 5 – 6 h, Leuchtkraft: 8000 Kerzenst., Lieferung inkl. 2 Mignon-Batteries und einer Extrastrobe. Nur Alkali-Batt. verwenden. Sonderpreis: 15,90 €	<p>COP Universal Handyholster</p>  Condem, schwarz, - passend für die meisten gängigen Handymodelle, z.B. Siemens S25, C25, S35, C35, M35, SL454, NOKIA 3310, 6210, Ericson, Alcatel One Touch Easy u.v.m. Feste Gürtelschlaufe oder stabiler Metallclip – zum Schutz vor Verlust. Verschlussschleife mit Klett. Sonderpreis: Art.Nr: 219705 (fest) 8,90 € Art.Nr: 219706 (Clip) 10,90 €	<p>MAGNUM Investigator</p>  Art.Nr.: 8777 Leicht, klassischer Diensthalbschuh mit großem, ölresistenter Gummisohle. Obermaterial: Leder poliert. Atmungsaktives Futter, austauschbare Innensohle. Farbe: schwarz, Größen: 39 – 47 Als halbe Größen nur verfügbar 42 1/2 und 43 1/2 Sonderpreis: 45,90 €	<p>XtremeX leicht – leichter – am leichtesten mittlere Größe wiegt ca. 1,1 kg!!</p>  Art. Nr: 9COP XXP1 Dr. Schutzklasse 1 gem. TR Oktober 2000 + Referenzbesuch Makarov Flächenengewicht: 18,4 g/dm² PAKET 1 bestehend aus: halbstarrer Einlage mit einer austauschbaren, waschbaren Hülle + Flex Traumatplatte + Cool Shirt + COP-Einsatz- und Westen Tasche SWAT Sonderpreis: 799,90 €

FINDUS 3.0 – ein Quantensprung für den kriminalpolizeilichen Meldedienst



Mit FINDUS 3.0 ist nunmehr eine landesweit nutzbare Datenbankanwendung verfügbar, die es ermöglicht, örtlich und landesweit Falldaten einzustellen und zu recherchieren. Mittlerweile haben die meisten Kreispolizeibehörden einen FINDUS-Server installiert. Bei den übrigen wird dies in Kürze erfolgen. Damit ist die landesweite Infrastruktur geschaffen, die eine flächendeckende Anwendung ermöglicht.

Die Anwendung soll zukünftig auch zur Verbesserung des bislang papiergestützten kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMd) intensiv genutzt werden. In den folgenden Monaten werden nahezu alle Meldedienste auf eine Handhabung mit Hilfe von FINDUS umgestellt werden. Derzeit befasst sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Landeskriminalamtes NRW, in der Bezirksregierungen, Kreispolizeibehörden, die ZPD NRW und das PFI Neuss mitwirken, mit der Detailplanung. Schon jetzt steht fest, dass dieser Wandel für alle Beteiligten mit erheblichen Anstrengungen verbunden sein wird. Aber das Ziel, den „angejahrten“ Meldedienst hierdurch technisch und nach seinen Auswertemöglichkeiten tiefgreifend zu reformieren, rechtfertigt diesen Aufwand.

Danach wird es allen Kreispolizeibehörden mit Zugriff auf den Landesserver FINDUS möglich sein, deliktübergreifend den gesamten Fallbereich auf Tat- und Täterzusammenhänge zu durchsuchen. Mit den Dateneingaben wird – bei entsprechender Übung – keine Mehrbelastung verbunden sein, weil Fallgrunddaten über die Vorgangsverwaltungen importiert werden können und zudem das Ausfüllen des bislang üblichen Meldeformulars entfällt.



Diese Möglichkeiten werden künftig auch von den Staatsschutz-Dienststellen genutzt werden. Derzeit entwickeln die ZPD NRW in Zusammenarbeit mit dem LKA ein Modul zur Bearbeitung des KPMd „Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMd – PMK–). Es ist beabsichtigt, auch die Nutzung von FINDUS für den KPMd – PMK– zeitnah einzuführen, sodass die

Eingaben, aber auch Recherchen und Auswertungen dezentral erfolgen können. Daneben besteht der Zugriff auf den gesamten Fallbereich, was auch die Verknüpfung staatschutzrelevanter Erkenntnisse mit denen der allgemeinen Kriminalität erheblich erleichtern wird. Auch hierzu müssen jedoch teilweise noch die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Leider bleibt die traditionelle Übermittlungsschnittstelle des Landes zum BKA und den anderen Bundesländern so lange bestehen, bis eine bundesweite Lösung zur Verarbeitung von Falldaten besteht. Daher ist es zunächst noch erforderlich, die Inhalte des KPMd im hergebrachten Fernschreibformat über die obere Netzebene zu verteilen. Eine Doppelerfassung ist dank FINDUS aber nicht nötig, da diese Inhalte für eine entsprechende X.400-Mitteilung mit wenigen „Mausklicks“ aus FINDUS heraus generiert werden können. Langfristig betrachtet wird die flächendeckende Anwendung von FINDUS den Weg zu einer zukunftsweisenden, methodischen und qualitativen Neuausrichtung der Kriminalitätsauswertung erleichtern.

Landeskriminalamt NRW

Diensthunde zeigten Top-Leistungen



Dieses Ergebnis zeigt deutlich den hohen Leistungsstand unserer Diensthundführer, als Ergebnis der qualitativ guten Diensthundausbildung in der Diensthundstaffel Duisburg unter der Leitung des Kollegen Lauderbach. Es zeigte sich das hohe Ausbildungsniveau, da insbesondere die für den Polizeidienst wichtigen Eigenschaften der Hunde wie Nasenarbeit, Gehorsam und Schutzdienst geprüft wurden.

Im Anschluss an die Siegerehrung wurde natürlich eine gebührende Nachbesprechung durchgeführt – auch die Hunde bekamen eine Extraportion Futter.

Walter Kemper, BP/PSD
Duisburg



Anfang März fand in Krefeld der „Niederrheinpokal“, ein Vergleichswettkampf für Sporthunde statt, an dem 42 Hundesportler mit ihren Vierbeinern teilnahmen. Es handelt sich dabei um eine sehr traditionsreiche Veranstaltung, die seit nunmehr 33 Jahren ausgetragen wird und als eine der größten Hundesportveranstaltungen dieser Art in Deutschland gilt. Für repräsentative Konkurrenz war gesorgt, denn am Start waren neben unseren Hunden auch Teilnehmer der Deutschen Meisterschaften im Hundesport.

Im Einzelnen nahmen aus Krefeld und Oberhausen PHK Lauderbach mit „Shari vom Schauenhof“, POK Niestroj mit „Benny“ und POK Schütte mit „Duc von Bonum Bono“ in ihrer Freizeit an dem Wettkampf teil. PHK Lauderbach erreichte mit seinem Hund 291 von 300 möglichen Punkten und wurde Einzelsieger der Veranstaltung. POK Schütte und sein Hund erreichten mit 289 Punkten den dritten Platz der Einzelwertung. POK Niestroj konnte mit seinem Hund 265 Punkte erzielen. Diese Einzelergebnisse erbrachten einen sehr deutlichen Mannschaftssieg mit 16 Punkten Vorsprung vor der zweitplatzierten Mannschaft.



TKBO



Polizei Diensthose Jeans
33,- €
Farbe: beige
Material: 100% Baumwolle

Hattinger Str. 738
44879 Bochum
Telefon:
0234 / 940 96 80
Fax:
0234 / 940 95 50



Polizeieinsatzhandschuh "SEK"
mit schnitthemmender Kevlar-Einlage
41,- €
Farbe: schwarz
Obermaterial: Leder



Unterziehrolli
Ausführung wie Polizei NW
20,- €
Farbe: bambus
Material: 100% Bw



Ausrüstungskoppel
mit Schnellverschluss
23,- €
Farbe: schwarz • Material: Cordura

Fit in Fremdsprachen

Kennen Sie den? Ich kenne den Witz seit Kindertagen, und es gibt Anlass zur Vermutung, dass schon meine Großmutter selig darüber geschmunzelt hat. Aber hat es nicht etwas Tröstliches, dass sich in unserer Zeit manche Dinge bewahren lassen – und wenn es nur alte Witze sind ...

Meine Tochter (9) hat mich daran erinnert. Sitzt eine Mäusefamilie vorm Mäuseloch, will nach draußen zum Fressen, kann nicht, weil die Katze davor sitzt. Mäusemutter sagt: „Wau-wau!“, Katze rennt weg, Mäusemutter belehrt Mäusekinder: „Seht Ihr, wie gut es ist, wenn man eine Fremdsprache beherrscht ...“

Wie ich jetzt auf sowas komme? Da haben Polizisten in Bielefeld eine ausgebrochene Schafherde ins Gehege zurückgetrieben. Wie? Sie haben gebellt und geknurr. Wie gut, dass nordrhein-westfälische Polizisten Fremdsprachen beherrschen. (tou)

Quelle: Neue Rhein Zeitung, 10. 4. 2002



Und noch einer ...

Aus der PI Paderborn

Zum Schmunzeln:

Beim Stöbern in den täglichen Lageberichten der Paderborner Nachbarbehörden fiel mir im Lagebericht der KPB Höxter vom 4. 4. 2002 folgender Eintrag zum Thema Verkehrsunfall auf.

TO: Willebadessen, L 820 -

OT: Willebadessen

TZ: 3. 4. 2002, 14:00



Zur Unfallzeit überquerte ein minderjähriges Hausferkel ohne nach rechts und links zu schauen die vielbefahrene L 820 in Höhe der Ortschaft Fölsen. Trotz einer Vollbremsung konnte eine Pkw-Fahrerin dem Hindernis nicht ausweichen und es kam zu einer Kollision mit dem armen Schwein. Durch diesen Zusammenprall wurde das Ferkel auf die Fahrbahn geschleudert und zog sich Schürfwunden am Rücken zu. Am Pkw entstand leichter Sachschaden.

Die Pkw-Führerin nahm das Schwein mit nach Hause und zog die Polizei zur Unfallaufnahme hinzu. Auf Nachfragen machte es keine Angaben zum Unfallgeschehen und Herkunft.

Auf die Beamten machte das Schwein einen verstörten Eindruck.

Nachforschungen in Fölsen nach dem Besitzer des „armen Schweines“ verliefen bisher im Sande.

In der Hoffnung, dass das „arme Schwein“ sein Zuhause wiederfindet, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Josef Derenthal

Termin:

Deutscher Polizei-Marathon-Cup 2002

Der 18. Polizei-Marathon-Cup 2002 wird am Sonntag, dem 6. 10. 2002, im Rahmen des 6. Ford Köln Marathon, ausgetragen.

Die Ausschreibung für die Veranstaltung liegt den Kreispolizeibehörden, VL 2 oder den Sportbeauftragten, vor. Der Fachwart für Leichtathletik, Cross- und Marathonlauf im PSB, EPHK Theo Althoff, nimmt die Sammelanmeldungen von VL 2 der jeweiligen Kreispolizeibehörden bis zum Meldeschluss 8. September 2002 entgegen. Nur die Teilnehmer/-innen, die offiziell über ihre Kreispolizeibehörden gemeldet sind, kommen in die DPC-Marathonwertung. Die Anmeldung und die Entrichtung des Organisationsbeitrages an den Veranstalter, Kölner Verein für Marathon e.V., muss von jeder Läuferin/jedem Läufer selbst erfolgen. Hinter dem Kästchen für die Polizeicupanmeldung ist NRW zu vermerken.

Eine Abschlussveranstaltung (Siegerehrung) ist am Sonntag, dem 6. 10. 2002, um 19.00 Uhr, beim PAI Brühl, geplant. Einzelheiten hierzu und weitere Informationen ergeben sich aus der Ausschreibung.

Aktion für Fahranfänger „sicher lenken – beitragsenken“

Am 22.4.2002 lud die Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen zum Start der obigen Aktion ein, die dazu beitragen soll, das erhöhte Unfallrisiko für junge Fahrer im Alter von 18 bis 24 im Straßenverkehr zu senken.

Ziel ist die Teilnahme von Fahranfängern an einem Fahrsicherheitstraining nach dem Muster des Deutschen Verkehrssicherheitsrates. Speziell für Fahranfänger bietet ein Fahr- und Sicherheitstraining die Möglichkeit, die in der Fahrschule erworbenen Grundfahrtechniken zu ergänzen. Unter Anleitung erfahrener und besonders ausgebildeter Moderatoren werden die Teilnehmer geschult, Gefahren frühzeitig zu erkennen, kritische Situationen im Straßenverkehr zu vermeiden und im Notfall richtig zu reagieren. Junge Fahranfänger erhalten bei Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining von

den Provinzial-Versicherungen und der Lippischen Landesbrandanstalt eine Ermäßigung der Haftpflichtversicherung ihres Autos von 230% auf 140%.

Die Aktion wird vom Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr und der Polizei ausdrücklich befürwortet. Sie stellt einen weiteren Baustein der kontinuierlichen Zusammenarbeit bei der Verkehrssicherheitsarbeit dar.

Neben Flyern und Plakaten, die in Kürze der polizeilichen Verkehrssicherheitsberatung zur Verfügung gestellt werden, wird unter www.sicher-lenken.de auch eine Internetseite mit weiteren interessanten Informationen eingerichtet.



Die Nummer für Ihren Anzeigenerfolg! Vereinigte Verlagsanstalten GmbH • Petra Hannen

Telefon (0211) 73 57-6 33 • Telefax (0211) 73 57-5 07

Beamten Darlehen & Finanzierungen
 Informieren Sie sich über unsere günstigen Angebote!
 Keine zusätzlichen Vermittlungskosten!
 Keine Vertreterbesuche! Diskrete Abwicklung per Post!
 Unabhängige und kompetente Beratung!
 Vermittlung durch Günther Katalczak, Am Kriehelberg 39, 76229 Karlsruhe
 Anrufen zum Nulltarif: 0800/44 123 44 Fax: 0721/9 48 86 28
beamtendarlehen@t-online.de www.beamtendarlehen.de

TOP-Finanzierung für jeden Verwendungszweck u. a. Bargeld zum Ablösen von teuren Krediten oder überzogenen Girokonten

→ Beamten-Darlehen mit garantiertem Festzins	12 Jahre 5,95% effektiver Jahreszins 6,53%	20 Jahre 6,35 % effektiver Jahreszins 6,97%
Beispiele für 32jährige – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:		
15 000,- € monatl. 135,95 €	25 000,- € monatl. 225,30 €	
40 000,- € monatl. 358,45 €	50 000,- € monatl. 448,10 €	

• Sondertilgungen und Laufzeitverkürzungen möglich •
 → Angestellten-Darlehen (sehr günstige Vorsorge darl., LV- u. Beamtendarl., langfr. Kredite u. Hypotheken.)
 Fordern Sie Ihr TOP-Angebot kostenlose Abwicklung auf dem Postweg

Andreas Wendholt
 Kapital- und Anlagevermittlung
 Prälat-Höing-Straße 19
 46325 Borken

TEL.-NULLTARIF: 0800-331 0 332
 Telefax: (0 28 62) 36 04
 E-Mail: info@top-finanz.de
 Internet: www.top-finanz.de

Sie arbeiten im öffentlichen Dienst? ... nutzen Sie Ihren Vorteil!

Exklusiv für Sie: Spezial-Kredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Raten. Bis zum 20fachen Monatseinkommen. Schnellste Abwicklung.

Bereits laufende Kredite können ggf. abgelöst werden (wir führen jedoch keine Rechtsberatung durch). Zusatzkredite, KFZ-Finanzierungen und und

SPEZIAL-KREDIT-PROGRAMME

Angebot Die großzügige Darlehensvermittlung
 80336 München • Goethestraße 3, direkt am Hauptbahnhof
EUROMUENCH ☎ 0 89/59 15 27

- ★ Attraktive Immo-Finanzierungen für Neu-, Aus- und Umbau sowie Kauf – mit 4,5% variabel, effektiv 5,15%
- ★ Festzinsdarlehen bis 100.000,- € mit Laufzeitanpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse – auch Tilgungsaussetzung bei entsprechender Bonität möglich
- ★ Nebenkredite, Teilvalutierungen sogar ohne Partner und Kreditauskunft, bis 20.000,- €

KAPITALMARKT-RINGELTÄUBCHEN

- Gesamtentschuldung zum Hypothekenzinssatz, besonders geeignet zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen. Ratenbelastung dadurch um etwa die Hälfte niedriger, zusätzliche Barauszahlung möglich.
- Darlehen für Beamte und unkündbar öffentl. Bedienstete Laufzeiten zwischen 10 und 20 Jahren, effektiver Jahreszins ab 6,49% fest für Gesamtlaufzeit.
- Öffentlicher Dienst: nach Dienstdauer Sonderkontingente.
- Baufinanzierung für Neu- und Bestandsimmob. bis 100% zzgl. Erwerbsnebenkosten
- auskunftsfreie Auslandskredite
- Kredite für die Hausfrau

VERA BRUNS
 FINANZDIENSTLEISTUNGEN
 IMMOBILIEN

30 Jahre qualifizierte Vermittlung, kostenfreie Beratung
 Berliner Allee 30, 40212 Düsseldorf,
 täglich von 8-20 Uhr, samstags 11-16 Uhr

Tel. 0211 / 3 23 00 03 - Fax 3 23 00 05

Preisrätsel

Schreib- blume	Segel- stange	Paar- zung mit 8. Hirsch	nicht ohne	Abk. f. einige Bibel- tel	Teufel	van
Nachlass gut						7
Selten- heit; Kostbar- keit		2		Schmet- ter- Engel- fliege		Teil vom Garten
Beach- tung- sicherung	sich Hilf- schen		Ruhe- pause			
gefähr- lich, gewaltig					4	Nieder- schlag- quart- um
Weise, Gewohn- heit			Schwe- sel- stein- pulver		Auer- ochse	
Huvarud	Hilfe f. Erfol- gende	Fluss durch Berlin		1		
					Kamp- fah- rzeug	
		schüt- tern		Abk. Stein- bau- arbeit		
japan. Währung	hübsch					11
	5			See- mann- lohn		Dach- schneie
Stab, stecken	Name Gottes im Islam		Bein- bede- ckung			
Frauen- beruf im Textil- gewerbe						9
			Rechen- zeichen		Abk.: End- geschloß	
Schnee- hütte der Eskimos		altes Kriegs- mal		6		
		8				
Stadt in Me- rokkas		Ver- dross		süd- west- lich		
Span- abheben- de Mas- chine	zu Ende					10
hi- son- net	arab. Hafen- stadt (Kuzw.)		in wahr- scheinlich Titel			
	3					
Insekt	Stadt in Al- gerien					

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

N										T
U	M	A	U	S	C	H				
K	A	R	A	W	A	N	E			
A	L	I	A	S						K
E	B									P
A	N	E	M	O	N	E				
R	A	N								L
T	B	A	H	I	A					
N	E	U	N	E	R					E
S	I	R	T							A
Z	W	I	R	N						T
I										E
C	O	M	E	R	S	E				E
A	K	N	E							P
E	K	R	E	S	E					S
F	L	E	G	E	L					S
P	L	V								E
A	D	U	E							
S	P	A	R	E	N					
I	U									
G	E	R	E	S						
T	R	E	S	O	R					
D	E	N								

www.streife.de
Pannenhilfe (1-11)

DIE ZEIT

Willkommen im Forum des Wissens

Gewinnen Sie mit „Streife“
3x ein Jahres-Abo für: DIE ZEIT

Sie wissen, was täglich in Politik, Wirtschaft und Kultur geschieht. Aber wissen Sie auch, warum? DIE ZEIT erklärt Ihnen jede Woche die Hintergründe und zeigt Ihnen die großen Zusammenhänge aktueller Entwicklungen.

Unser Service für Sie:
Tel.: 0 40/37 03-40 41
Fax: 0 40/37 03-56 57
E-Mail: service@zeit.de
oder im Internet
<http://www.zeit.de>

Entdecken Sie die Unterschiede zwischen Leidenschaft und Polemik, zwischen Versprechungen und echten Lösungen. Und erleben Sie politische Spannung pur. Freuen Sie sich jeden Donnerstag auf einen Journalismus von ganz besonderer Qualität.

Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte bis zum 31. Mai 2002 einsenden an:

Innenministerium NRW
Redaktion „Streife“
Kennwort: Mai
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf



Vorschau auf die Juni-Ausgabe



Vollübung „Geiselnahme im Luftverkehr“

Solch eine Vollübung hatte der Flughafen Düsseldorf noch nicht gesehen. Rund 300 Kolleginnen und Kollegen aus Spezialeinheiten – also alle NRW SEK's und Verhandlungsgruppen sowie die GSG 9 – etwa 180 „Geisel-Komparen“, die Krisenstäbe der LTU und des Flughafens Düsseldorf, dessen Flughafenfeuerwehr und der Ständige Stab beim Polizeipräsidium Düsseldorf probten das Zusammenspiel in einem möglichen Ernstfall. Die „Streife“ war hautnah dabei und berichtet an Hand einer Fotoreportage.

Sichere Rettung

Gerade Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte erleben es. Häufig sind sie als Erste am Unfallort und müssen die Opfer sofort aus ihrem Fahrzeug bergen. Das Eingreifen, das bislang noch als richtig bezeichnet wurde, kann sich aber beim derzeitigen Stand der Technik als falsch und unter Umständen sogar als lebensgefährlich für die Helfer und das Unfallopfer erweisen. Nicht ausgelöste Airbags haben sich als echte Gefahrenstelle herausgestellt.

Aus diesem Grund bietet die Berufsfeuerwehr und die Polizei Mönchengladbach gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen für den Einsatzbereich an.



IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71- 23 66,
Fax (02 11) 8 71- 23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Layout: Günther Franken

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 18 vom 1. Oktober 2001.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

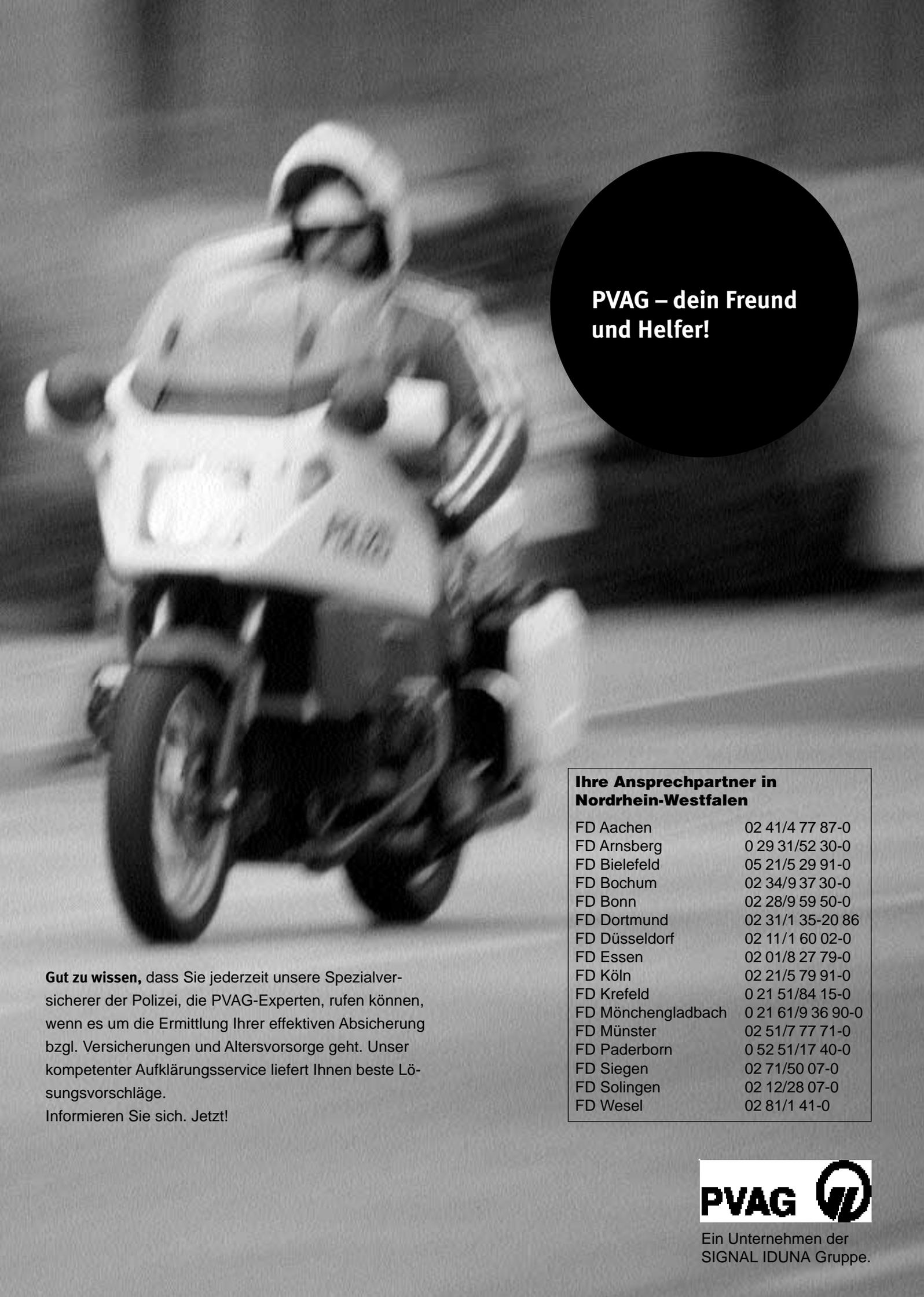
Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

NRW – Sportlerehrung 2001

In der Iserlohner Parkhalle ehrte Innenminister Dr. Fritz Behrens 44 Polizeibeamtinnen und -beamte für ihre hervorragenden sportlichen Leistungen sowohl bei Welt-, Europa- und Deutschen Meisterschaften als auch für ihre besonderen Verdienste um den Polzeisport in Nordrhein-Westfalen. Die „Streife“ berichtet im Einzelnen über die hervorragenden Leistungen.



Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe ist der **7. 5. 2002**,
für die Juli/August-Doppelausgabe der **4. 6. 2002**.



**PVAG – dein Freund
und Helfer!**

Gut zu wissen, dass Sie jederzeit unsere Spezialversicherer der Polizei, die PVAG-Experten, rufen können, wenn es um die Ermittlung Ihrer effektiven Absicherung bzgl. Versicherungen und Altersvorsorge geht. Unser kompetenter Aufklärungsservice liefert Ihnen beste Lösungsvorschläge.
Informieren Sie sich. Jetzt!

**Ihre Ansprechpartner in
Nordrhein-Westfalen**

FD Aachen	02 41/4 77 87-0
FD Arnsberg	0 29 31/52 30-0
FD Bielefeld	05 21/5 29 91-0
FD Bochum	02 34/9 37 30-0
FD Bonn	02 28/9 59 50-0
FD Dortmund	02 31/1 35-20 86
FD Düsseldorf	02 11/1 60 02-0
FD Essen	02 01/8 27 79-0
FD Köln	02 21/5 79 91-0
FD Krefeld	0 21 51/84 15-0
FD Mönchengladbach	0 21 61/9 36 90-0
FD Münster	02 51/7 77 71-0
FD Paderborn	0 52 51/17 40-0
FD Siegen	02 71/50 07-0
FD Solingen	02 12/28 07-0
FD Wesel	02 81/1 41-0



Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe.